



## DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN RUSSLAND UND DEN USA ERWARTUNGEN AN DIE RUSSISCHE REGIERUNG

■ ANALYSE		
Weder Kooperation noch Freiheit: George W. Bushs gescheiterte Russlandpolitik		2
Hans-Joachim Spanger, Frankfurt am Main		
■ CHRONIK		
Russland und die USA 2000–2007		4
■ UMFRAGE		
Russland und die USA		8
Bush, Merkel und Putin		11
Russen über Russlands Rolle in der Welt		14
■ DOKUMENTATION		
Die Aufgaben des nächsten Präsidenten		19
Monitoring der Nachrichtensendungen im Rahmen der Präsidentenwahlen		23
■ DOKUMENTATION		
Die Aussetzung des Lehrbetriebes der Europäischen Universität in Sankt Petersburg		24
■ CHRONIK		
Vom 13. bis zum 21. Februar 2007		26



## Analyse

## Weder Kooperation noch Freiheit: George W. Bushs gescheiterte Russlandpolitik

Hans-Joachim Spanger, Frankfurt am Main

Als Thomas Graham, den Condoleezza Rice 2002 im Nationalen Sicherheitsrat mit dem Russland-Portfolio betraute und der wenig später zum *Special Assistant* und *Senior Director for Russian Affairs* des Präsidenten aufstieg, unlängst auf seine 2007 beendete Tätigkeit in der Bush-Administration zurückblickte, war die Bilanz eindeutig – und niederschmetternd: Die USA seien im Jahre 2007 exakt wieder dort angekommen, wo sie im Jahre 2001 gestartet waren: den schlechtesten Beziehungen zwischen Washington und Moskau seit dem Ende des Kalten Kriegs – Ausweis einer »less than successful foreign policy«. Wie kam es dazu? Auch hier ist sein Resümee für die Administration alles andere als schmeichelhaft, wobei er deren Politik maßgeblich mitverantwortet und auch selbst Zeugnis ihrer Windungen abgegeben hat.

So hatte Graham im Jahre 2000 als »grundlegende Lehre« aus den 1990er Jahren verkündet, dass der äußere Einfluss auf die inneren Verhältnisse in Russland »immer marginal« gewesen sei und letztlich die Russen selbst über die Gestalt ihres Landes entscheiden müssten, womit am Beginn seiner Amtszeit die Abkehr Bushs von der Russlandpolitik der Clinton-Administration und sein Programm eines »tough realism« begründet wurde. Mit Verkündung seiner Freiheitsagenda nach 9/11 galt all dies nicht mehr, wurde die Regimefrage zu Bushs Drehachse der internationalen Beziehungen und Demokratie zur Grundbedingung für Frieden und Sicherheit in der Welt, als »einzige realistische Antwort auf die Herausforderungen der Gegenwart,« wie Condoleezza Rice kundtat. Dass dies mit dem autoritären Charakter des von Putin sukzessive transformierten politischen Regimes in Russland kollidieren musste, liegt auf der Hand.

Wichtiger aber noch ist die herausragende Konstante der Bush-Administration, die Russland in beiden Varianten, der realistischen Interessen- wie der idealistischen Wertepolitik, und ebenfalls im Unterschied zu Clinton nie viel Aufmerksamkeit schenkte. Dies wurde mit seiner aus den 1990er Jahren extrapolierten Schwäche begründet, die Graham seinerzeit veranlasste, bereits über »eine Welt ohne Russland« nachzudenken, denn »we are witnessing a geo-political and geo-economic shift of historic dimensions, one in which Russia will become less and less an actor in world affairs, while running the risk of becoming an object of competition among more advanced and dynamic powers«. Das nahm Bush seinerzeit *à la lettre*, während heute die geopolitischen und geoökonomischen Verschiebungen ganz anders gedeutet werden und bereits zu Mutmaßungen über eine »Welt ohne Westen« geführt haben. Mit dieser Indifferenz, die Russland bestenfalls durch

das Prisma anderer Probleme wahrnahm, trat Bush sein Amt an. Und er hielt sie auch bei, als Putin nach 9/11 nahezu bedingungslose Solidarität übte, als er über den Irak-Krieg zunehmend in Opposition zum hegemonialen Kurs der US-Außenpolitik trat und als er diese schließlich in einen Frontalangriff gegen die Weltordnung des *unipolar moment* münden ließ.

### Stationen des Auf- und Abstiegs

Auch wenn Bush im Wahlkampf eine konfrontative Abkehr von Clintons »happy talk« und einen »tough realism« gegenüber Russland angekündigt hatte, mit seinem Seelen-Blick in Putins Augen im Juni 2001 in Ljubljana fand diese Episode schon nach wenigen Monaten ein frühzeitiges Ende. Der 11. September 2001 vertiefte diese Hinwendung beträchtlich, hatte Russland doch in Bushs Krieg gegen den Terrorismus umgehend die richtige Seite gewählt. Dies jedoch hinderte Bush nicht, mit der Kündigung des ABM-Vertrags im Dezember 2001 und der Aufnahme des Baltikums in die NATO im Mai 2003 auch gegen den erklärten Widerspruch Putins jene außenpolitischen Wahlversprechen einzulösen, die russische Sicherheitsinteressen schlicht ignorierten. Ungeachtet dessen blieben beide in der »Allianz« gegen den Terror und in der Absicht verbunden, eine »neue strategische Beziehung« schaffen zu wollen. Sie überlebte scheinbar auch den Irak-Konflikt des Jahres 2003, der trotz aller Spannungen Bushs »vertrauensvolle Beziehung« zu Putin offiziell nicht in Frage stellte. Mehr noch folgte beim Treffen beider im September 2003 in Camp David der Höhe- und Endpunkt der ungeschmälernten deklaratorischen Zuwendung der »allies in the war on terror«, die Bush in die viel zitierten Worte kleidete: »Our goal is to bring the U.S.-Russian relationship to a new level of partnership. I respect President Putin's vision for Russia: a

country at peace within its borders, with its neighbors, and with the world, a country in which democracy and freedom and rule of law thrive.« Ungeachtet dieser offiziellen Bekundungen begann mit dem Irak-Konflikt jedoch die bis heute anhaltende Erosion des Vertrauens, wobei im Zuge der neu akzentuierten Washingtoner Maßstäbe die Kollision mit der lange ignorierten politischen Realität in Russland zunehmend an Bedeutung gewann.

Ursprünglich auf den Nahen Osten konzentriert, verdichtete sich das demokratische Transformationsprogramm von 9/11 zu einer globalen Freiheitsagenda, die Bush in seiner Antrittsrede vom Januar 2005 zur Leitlinie seiner zweiten Amtszeit erhob. Die Folgen für Russland waren ambivalent: Öffentlich vorgetragene Kritik an Putins innenpolitischem Kurs verband sich mit Zurückhaltung bei der demokratischen Konditionierung der Beziehungen und der Weigerung, Russland etwa aus der G8 zu entfernen. Auf diese seit 2003 namentlich von Senator McCain erhobene Forderung konzentrierte sich im Vorfeld des Petersburger G8-Gipfels 2006 die Washingtoner Kritik an Bushs vermeintlicher Unentschlossenheit. Dessen griffige Freiheitsagenda hatte den oppositionellen Stimmungen bei maßgeblichen Kräften im Kongress und darüber hinaus ein nicht minder griffiges Instrument verschafft, mit dem sie seine Russlandpolitik herausfordern konnten. Ihnen kam dabei entgegen, dass in der Praxis weithin *business as usual* betrieben wurde, im unausweichlichen Bemühen, eine Balance zwischen transformatorischer Konfrontation und außenpolitischer Kooperation zu finden und angesichts der Tatsache, dass die Abstimmungsprozesse in den Korridoren der Washingtoner Administration viel operativen Dampf aus Bushs revolutionärer Vision entweichen ließen.

Was von den Debatten im Vorfeld des G8-Gipfels blieb, war neben einer »policy review« ohne erkennbaren außenpolitischen Ertrag eine legendäre Rede, die Vizepräsident Cheney am 4. Mai 2006 in Vilnius hielt. Sie bildete insoweit einen Wendepunkt in den amerikanisch-russischen Beziehungen, als auf sie ein kalter Krieg der Worte folgte, der sich in den folgenden Monaten kontinuierlich erhitzte und dessen Ende auch nach der Rede Putins auf der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik im Februar 2007 nicht absehbar ist. Dabei geht es keineswegs nur um den Dissens über die politischen Ordnungsvorstellungen – »universale« versus »souveräne« Demokratie –, sondern in einer geostrategisch motivierten Argumentationslinie vor allem auch um die Kritik am amerikanischen Unilateralismus, der nach Moskauer Lesart im *regime change* eine besonders aggressiv-bedrohliche Variante verkörpert. Das aktuelle Dilemma besteht folglich weniger darin, dass die dank auseinander strebender Werte kollabierenden Bezie-

hungen über residuale gemeinsame Interessen notdürftig zusammen gehalten werden, als darin, dass sich im Kernbereich der wechselseitigen außen- und sicherheitspolitischen Interessen wachsende Lücken auftun.

Das betrifft das Sanktionsregime gegenüber dem Iran, wo sich beide Seiten immerhin noch in den grundlegenden Zielen einig wissen. Ferner betrifft es den Status des Kosovo, wo die Ziele diametral entgegengesetzt und auch die prozeduralen Übereinstimmungen nach dem Scheitern der Troika Russlands mit den USA und der EU hinfällig sind. Und es betrifft Kernfragen der schon lange nicht mehr kooperativen Rüstungssteuerung, vom KSE-Vertrag über die strategische Rüstungskontrolle bis zur Raketenabwehr, wo Russland auf die amerikanischen Stationierungspläne mit einer Doppelstrategie demonstrativer Drohgesten und unerwarteter konkreter Verhandlungsangebote reagiert hat.

### Was bleibt?

Der kalte Krieg der Worte hat tiefe Spuren in den Beziehungen zwischen Washington und Moskau hinterlassen, die im wechselseitigen Misstrauen heute weiter voneinander entfernt sind als je seit dem Ende der Sowjetunion. Geschürt wird dieses Misstrauen durch die grundlegenden Perzeptionsdifferenzen, bei denen die russische Abkehr vom demokratischen Pfad amerikanischer Tugend auf der einen Seite und auf der anderen die amerikanische Unfähigkeit, sich mit dem wiedergefundenen russischen Selbstbewusstsein abzufinden, im Mittelpunkt stehen. Nach der in Washington verbreiteten Lesart des Demokratischen Friedens existiert ein enger Nexus zwischen Putins autoritärem Kurs im Innern und seiner zusehends konfrontativen Politik nach außen, was auch die Zurückhaltung nahezu aller US-Präsidentschaftskandidaten in der Russland-Frage erklärt. Für Moskau wiederum unterstreicht diese Frontstellung gegen den Putinismus nur, dass entgegen der offiziellen Rhetorik die USA kein Interesse an einem starken russischen Partner, sondern nur an einem schwachen Vasallen haben. Beides hat seine Wurzel in der konträren Wahrnehmung der 1990er Jahre, nach Putins Lesart eine Dekade säkularen Niedergangs, nach Bushs dagegen der Beginn einer neuen Epoche der Freiheit.

Diese Unterschiede in der wechselseitigen Wahrnehmung sind so grundlegend, dass es mit kosmetischen Anpassungen nicht getan ist. Vielmehr sind die Koordinaten der amerikanischen Russlandpolitik neu festzulegen. Hier ist doppelstrategische Kohärenz gefordert, in der die beiden ebenso legitimen wie rational gebotenen Ziele gemeinsam verfolgt werden: die Bedingungen in Russland demokratisch zu beeinflussen und die Beziehungen mit Russland zur gemeinsamen internationalen Problemlösung zu nutzen. Das

erfordert zum einen im Interesse der Demokratieförderung eine Entideologisierung des Demokratischen Friedens im offiziellen Diskurs der US-Administration sowie deren Entkoppelung von der amerikanischen Geostrategie und ihren militärischen Instrumenten des *regime change*. Zum anderen im Interesse internationaler Kooperation die Bereitschaft, Dissens anzuerkennen sowie die Erkenntnis, dass auch für die »indispensable nation« globale Partnerschaften und völkerrechtlich etablierte Verfahren unverzichtbar sind. Beides erfor-

dert so etwas wie einen Kulturwandel in den USA und wird nicht gerade dadurch erleichtert, dass eine Umkehr der beunruhigenden Trends anders als noch vor wenigen Jahren nicht mehr allein von den USA, sondern auch von Russland abhängt. Dessen Statusansprüche sind zwar immer noch deutlich ausgeprägter als seine Problemlösungskapazitäten, doch lässt sich nur durch eine Politik des *engaging Russia* feststellen, was Moskau tatsächlich zur Lösung der aktuellen internationalen Konflikte beizutragen hat.

#### Über den Autor

Dr. phil. Hans-Joachim Spanger ist Programmbereichsleiter bei der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK).

#### Lesetipps

- Hans-Joachim Spanger: Zwischen Ground Zero und Square One. George W. Bush und die Folgen der Simulation amerikanischer Russlandpolitik, HSKF-Report 9/2007, Frankfurt/M.  
<http://www.hsfk.de/fileadmin/downloads/report0907.pdf>, 16. Dezember 2007
- Council on Foreign Relations 2006: Russia's Wrong Direction. What the United States Can and Should Do. (Report of an Independent Task Force), New York.
- Lyne, Roderic/Talbott, Strobe/Watanabe, Koji 2006: Engaging with Russia. The Next Phase. (A Report to the Trilateral Commission), Washington D.C.
- Cohen, Stephen F. 2006: The New American Cold War, in: The Nation, 17.7.2006, 1–9.
- McFaul, Michael 2005: Russia and the West: A Dangerous Drift, in: Current History, 104: 684, 307–312.
- Legvold, Robert 2006: U.S.-Russian Relations: An American Perspective, in: Russia in Global Affairs, 4: 4, 157–169.

## Chronik

### Russland und die USA 2000–2007

2000	
4.–5.6.2000	Russisch-amerikanisches Gipfeltreffen in Moskau. Hauptthema sind der ABM-Vertrag und der amerikanische Plan ein »National Missile Defense«-System einzurichten. Abgabe einer gemeinsamen Erklärung über strategische Stabilität, Unterzeichnung von Abkommen über die Reduzierung der Vorräte an waffenfähigem Plutonium und Einrichtung eines Frühwarnzentrums in Moskau.
10.7.2000	Außenminister Igor Iwanow stellt die neue außenpolitische Doktrin öffentlich vor. Ziel ist die Sicherung der Interessen von Person, Gesellschaft und Staat, die verlässliche Sicherheit des Landes und eine feste Position in der Weltgemeinschaft, die den Interessen Russlands als Großmacht entspricht. Russland will sich an der Formierung einer neuen Weltordnung beteiligen und die internationale Sicherheit festigen. Prioritär sind die Beziehungen zur GUS und zu Europa. Beziehung zur NATO soll auf Gegenseitigkeit beruhen. Interesse an Baltikum, Balkan. Verbesserung der Beziehungen zu den USA. Beziehungen mit Asien und Iran.
2001	
4.2.2001	Sergej Iwanow kritisiert auf der Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik (früher: Wehrkundetagung) die USA scharf. Seine Kritik richtet sich gegen die Erweiterung der NATO und die Entwicklung einer nationalen Raketenabwehr durch die USA. Ein Treffen mit dem ebenfalls in München anwesenden neuen US-Verteidigungsminister Rumsfeld, das erwartet worden ist, fand nicht statt.

5.2.2001	Verteidigungsminister Sergejew erklärt der Nachrichtenagentur Interfaks, dass Russland »asymmetrische Schritte« einleiten werde, um das strategische Gleichgewicht zu halten, falls die USA den ABM-Vertrag kündigt. Sergejew reagierte auf entsprechende Äußerungen von US-Außenminister Colin Powell.
21.3.2001	Die USA weisen vier russische Diplomaten wegen Spionageverdacht aus. Weiteren 45 sollen die USA im Laufe des Sommers zu verlassen.
27.3.2001	In Reaktion auf die Ausweisung russischer Diplomaten aus den USA fordert das russische Außenministerium vier amerikanische Diplomaten auf, binnen zehn Tagen das Land zu verlassen.
16.6.2001	Putin und der amerikanische Präsidenten George Bush jr. treffen sich in Ljubljana. Die Gespräche, die Fragen der bilateralen Beziehungen, der Beziehungen zwischen NATO und Russland und der internationalen Sicherheit berühren, werden von beiden Seiten als fruchtbar und produktiv bezeichnet. Putin und Bush verabreden eine Fortsetzung des Dialogs u. a. im Rahmen von Treffen in Moskau und Washington.
22.7.2001	Putin und der amerikanische Präsident Bush verabreden bei Gesprächen in Genua, dass die Fragen der Raketenabwehr und der Reduzierung strategischer Waffen in Zukunft »im Paket« verhandelt werden sollen.
11.9.2001	Nach dem verheerenden Anschlag auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington spricht Putin den Amerikanern sein Mitgefühl aus.
13.9.2001	Auf Anordnung des Präsidenten werden in Russland im Gedenken der Opfer der Anschläge in New York und Washington die Flaggen auf Halbmast gesetzt. Um 12.00 findet eine Schweigeminute statt.
24.9.2001	In einer Fernsehansprache erläutert Putin die russische Haltung zu der »geplanten antiterroristischen Operation in Afghanistan«. Er kündigt aktive Zusammenarbeit der Nachrichtendienste und bei humanitären Aktion an. Gegebenenfalls hält er auch eine weitergehende Zusammenarbeit für möglich.
25.9.2001	Verteidigungsminister Sergej Iwanow nimmt in Brüssel an einem Treffen der Verteidigungsminister teil. Er teilt mit, dass Russland und die zentralasiatischen Staaten den US-Streitkräften Luftkorridore und Stützpunkt für Luftschläge gegen Terroristenbasen in Afghanistan zur Verfügung stellen. Russland selbst werde sich an solchen Einsätzen aber nicht beteiligen.
26.9.2001	Putin erklärt in Berlin, Russland werde die USA im Kampf gegen den Terrorismus unterstützen. Zugleich fordert er, die NATO solle Russland als Vollmitglied aufnehmen.
3.10.2001	Der US-Außenminister Colin Powell erklärt, die Beziehungen zwischen Russland und den USA hätten sich grundlegend gewandelt: »It is a seismic seachange of historic proportions.«
4.10.2001	Nach einem Treffen mit NATO-Generalsekretär Robertson in Brüssel erklärt Putin, dass Russland die Beziehungen zur NATO ändern und vertiefen wolle. Die Opposition gegen die Osterweiterung der NATO werde man aufgeben, wenn die NATO sich stärker in eine politische Organisation verwandele und Russland in die relevanten Diskussionen einbezogen werde.
13.-15.11.2001	Staatsbesuch des russischen Präsidenten in den USA. In Gesprächen mit Präsident Bush erörtert er u. a. den Kampf gegen den Terrorismus, die nukleare Abrüstung, die Frage der Raketenabwehr und Wirtschaftsthemen. Bush und Putin kündigen jeweils einseitig einschneidende Reduzierungen der strategischen Nuklearsysteme an. Bei der Raketenabwehr bestehen die Meinungsverschiedenheiten fort.
13.12.2001	Präsident Bush teilt mit, dass die USA den ABM-Vertrag kündigt. Präsident Putin erklärt, dass Russland von diesem Schritt nicht überrascht sei, ihn aber als Fehler betrachte.

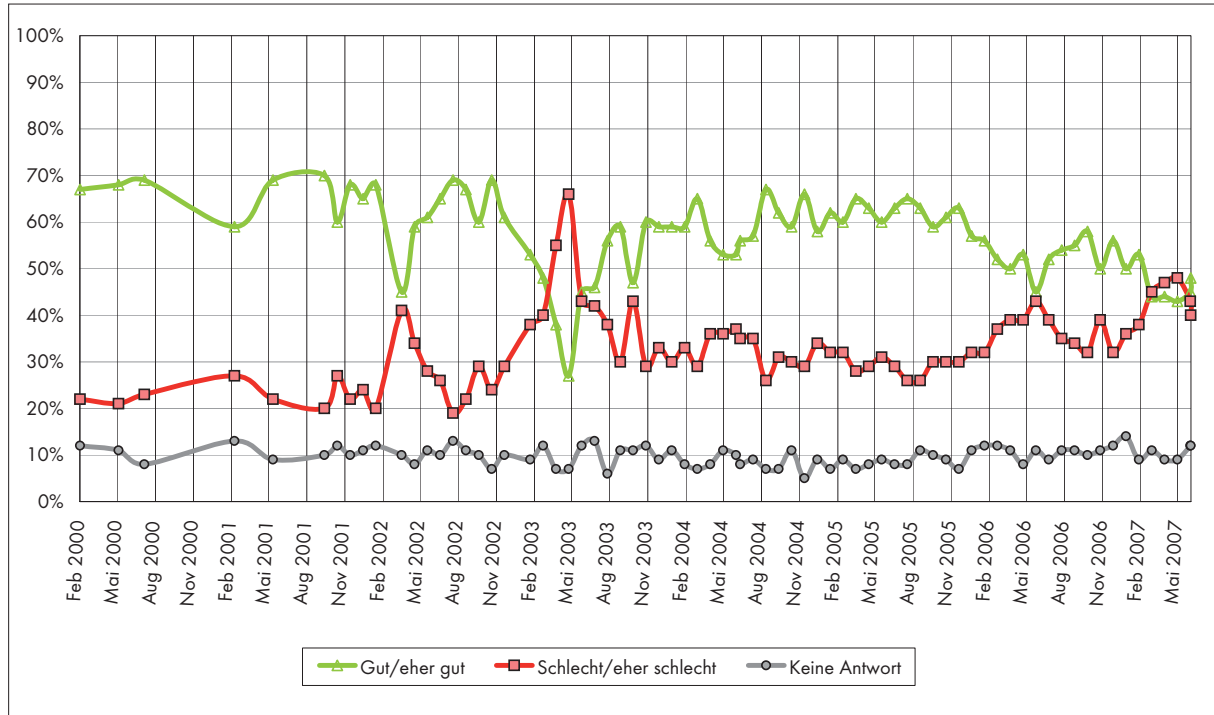
<b>2002</b>	
24.5.2002	Staatsbesuch des US-Präsidenten George W. Bush in Moskau. Putin und Bush unterzeichnen einen Vertrag über die Reduzierung der Atomsprengköpfe sowie eine Erklärung über eine strategische Partnerschaft.
6.6.2002	Wie schon die EU räumt auch die USA Russland den Status einer Marktwirtschaft ein.
14.6.2002	Das russische Außenministerium erklärt, Russland sehe sich nicht mehr an den START-II-Vertrag gebunden, da die USA den START-II-Vertrag nicht ratifizieren und den ABM-Vertrag gekündigt haben.
<b>2003</b>	
10.3.2003	Außenminister Igor Iwanow teilt mit, dass Russland im UN-Sicherheitsrat sein Veto einlegen wird, wenn die USA eine Resolution einbringt, die dem Irak ein Ultimatum stellen, das der Sicherheitsratsentschließung 1441 widerspricht.
20.3.2003	Präsident Putin bezeichnet den Angriff der USA und ihrer Verbündeten auf den Irak, der in der Nacht vom 19. auf den 20.3. begonnen hat, als ungerechtfertigt und als schweren Fehler.
26.–27.9.2003	US-Präsident George W. Bush empfängt Putin in Camp David. Die beiden Präsidenten erörtern u. a. Fragen der Bekämpfung des internationalen Terrorismus, der bilateralen Wirtschafts- und Technologiebeziehungen, die Lage im Irak und im Nahen Osten sowie die Beziehungen zwischen Russland und der NATO.
<b>2004</b>	
6.6.2004	Präsident Putin nimmt gemeinsam mit zahlreichen anderen Staatsoberhäuptern, darunter US-Präsident Bush und die britische Königin, an der Gedenkfeier zum 60. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie teil.
4.11.2004	Präsident Putin gratuliert George W. Bush zum Sieg bei den US-Präsidentschaftswahlen.
6./7.12.2004	Auf der Sitzung des Rats der Außenminister der OSZE in Sofia (Bulgarien) kritisieren der russische Außenminister Sergej Lawrow und der US-Außenminister Colin Powell wechselseitig die Politik des jeweils anderen Landes. Die erhoffte Vereinbarung über den Abzug russischer Truppen aus Georgien und Moldava kommt nicht zustande. Powell erklärt, die USA würden den modifizierten KSE-Vertrag erst dann ratifizieren, wenn Russland seine OSZE-Verpflichtungen erfülle.
<b>2005</b>	
19.1.2005	Außenminister Lawrow kritisiert die Aussagen der designierten US-Außenministerin Condoleezza Rice vor dem amerikanischen Senat, die USA würden den innerrussischen Vorgängen, der Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten, künftig mehr Aufmerksamkeit widmen. Er erklärt: »Die Innenpolitik Russlands ist unsere innere Angelegenheit«. Moskau werde es nicht zulassen, dass die innerhalb des Landes gefällten Entscheidungen dazu benutzt würden, um zum »Kalten Krieg« zurückzukehren.
5.2.2005	Der russische Außenminister Sergej Lawrow trifft in Ankara seine amerikanische Amtskollegin Condoleezza Rice und erörtert mit ihr die Agenda für das Treffen zwischen Putin und Bush. Condoleezza Rice kritisiert die inneren Verhältnisse Russlands und erklärt, dass der Zustand der Demokratie in Russland Einfluss auf die bilateralen Beziehungen zwischen Russland und den USA hätte.
4.5.2005	In einem Brief an die lettische Präsidentin Vaira Vike-Freiberga erklärt US-Präsident George W. Bush, dass das Kriegsende für die baltischen Republiken Beginn der sowjetischen Okkupation bedeutete. Diese Äußerung ruft auf russischer Seite erhebliche Irritationen hervor.

<b>2006</b>	
1.1.2006	Russland übernimmt von Großbritannien den Vorsitz bei der G-8, der Gruppe der acht führenden Industrieländer.
4.5.2006	Der amerikanische Vizepräsident Cheney ermahnt die russische Führung in seiner Rede auf dem Gipfel- der Ostsee- und Schwarzmeerstaaten in Wilna, sich für einen demokratischen Weg zu entscheiden und seine Energieressourcen nicht zur Erpressung anderer Staaten zu missbrauchen.
<b>2007</b>	
16.–8.7.2006	Gipfeltreffen der G8 in St. Petersburg. Im Vorfeld waren die Sicherheitskräfte scharf gegen Protestgruppen vorgegangen. Eine Reihe von Personen wurden verhaftet, darunter auch zwei deutsche Studenten, die für eine Universitätsradiostation berichteten. Das Gipfeltreffen selbst steht im Schatten der Eskalation im Nahen Osten.
19.11.2006	Der russische Wirtschaftsminister German Gref und die US-Handelsbeauftragte Susan Schwab unterzeichnen während des Gipfeltreffens der APEC-Staaten in Hanoi eine bilaterale Vereinbarung, die amerikanischen Vorbehalte gegenüber einem russischen Beitritt zur WTO ausräumen.
28.1.2007	Igor Iwanow, der Sekretär des Sicherheitsrates, führt in Teheran Gespräche mit seinem iranischen Amtskollegen Ali Larijani und legt ihm den Vorschlag der IAEA nahe, die Anreicherung von Uran einzustellen, wenn im Gegenzug die UN-Sanktionen aufgehoben werden. Ayatollah Ali Khamenei schlägt Russland seinerseits die Gründung einer »Gas-OPEC« vor.
10.2.2007	In einer Rede vor der 43. Münchner Tagung für Sicherheitspolitik kritisiert Präsident Putin scharf die Politik der USA.
9.4.2007	Die russische Regierung kritisiert die Ankündigung des Iran, er könne Uran in »industriellem Maßstab« anreichern, und bezeichnet das iranische Verhalten als »Provokation«. Sie äußert allerdings auch Zweifel, ob die iranische Behauptung zutrifft.
3.5.2007	Sergej Iwanow, Erster Stellvertretender Ministerpräsident, erklärt, Russland werde die NATO-Staaten nicht mehr über Truppenbewegungen auf russischem Territorium informieren. Damit setzt er Putins Ankündigung eines Moratoriums in der Erfüllung des bisher nicht in Kraft getretenen modifizierten KSE-Vertrags in die Tat um.
7.6.2007	Präsident Putin nimmt am G-8 Gipfel in Heiligendamm teil. In einem Gespräch mit US Präsident George W. Bush bietet der russische Präsident an, die von den russischen Streitkräften betriebenen Radarstation Gabala in Aserbaidshan gemeinsam mit den Amerikanern als Teil eines Raketenabwehrsystems zu nutzen.
1.–2.7.2007	US-Präsident George Bush und der russische Präsident Vladimir Putin treffen sich zu einem informellen Gipfeltreffen im Ferienhaus der Familie Bush in Kennebunkport, Maine. Putin wiederholt nicht nur den Vorschlag, die Radaranlage Gabala in Aserbaidshan zu modernisieren, sondern bietet auch an, eine im Bau befindliche neue Radaranlage in Südrussland für gemeinsame Sicherheitsaufgaben zu nutzen, außerdem schlägt er vor, europäische Staaten in Gespräche einzubeziehen und den NATO-Russland-Rat für solche Gespräche zu nutzen.
14.7.2007	Präsident Putin unterzeichnet ein Dekret, das Russlands Beteiligung am KSE-Vertrag aufkündigt. Das Dekret tritt nach Ablauf von 150 Tagen in Kraft.
22.10.2007	US-Außenministerin Condoleezza Rice erklärt in Washington, dass die USA den Vertrag über die Konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE) beibehalten wollen. Präsident Putin hatte am 13.07.2007 verfügt, dass Russland den KSE-Vertrag vorerst auf Eis legt.
12.12.2007	Die Suspendierung des KSE-Vertrages durch Russland tritt in Kraft.

**Umfrage**

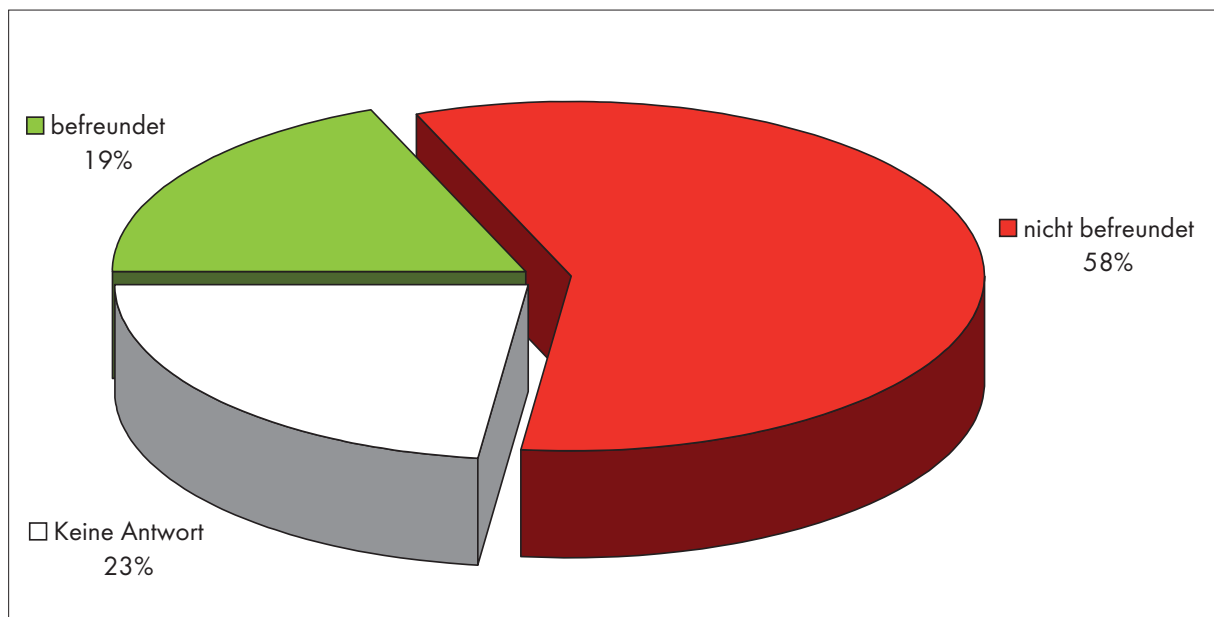
**Russland und die USA**

Wie stehen Sie zu den USA? (Umfragen des Lewada-Zentrums)



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums <http://www.levada.ru/russia.print.html>

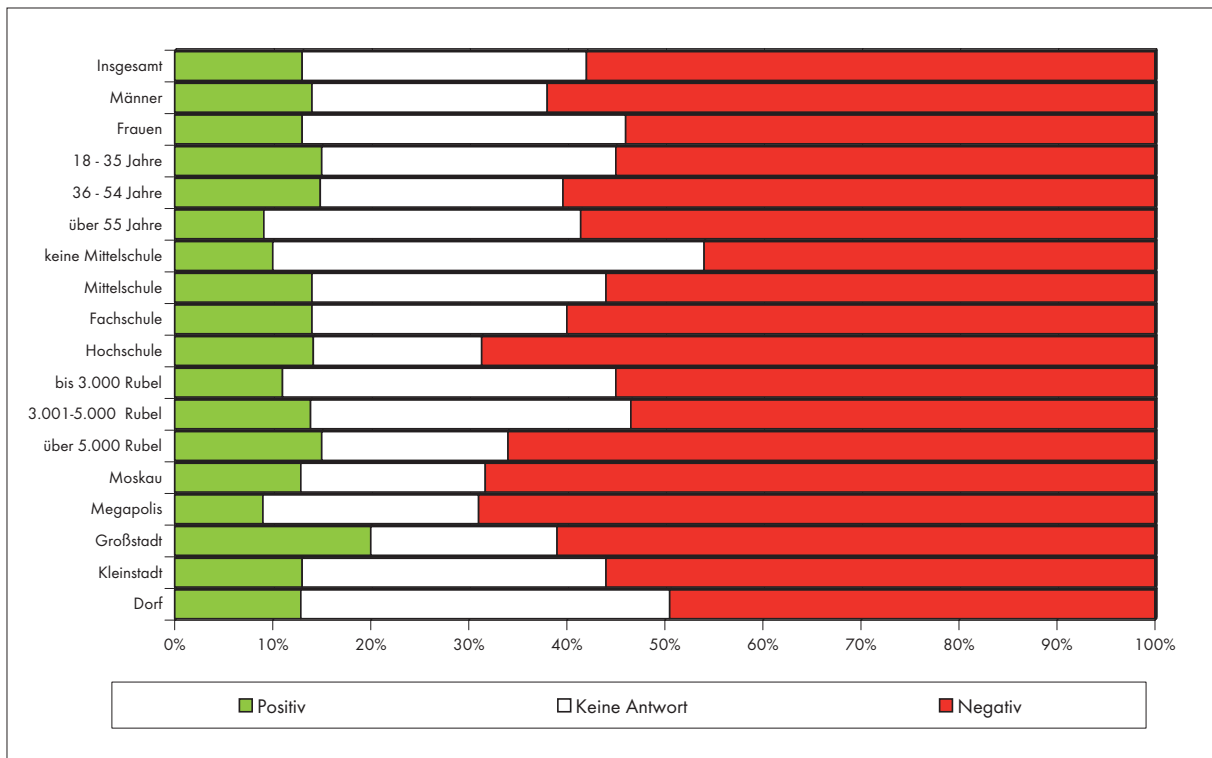
Sind die USA Ihrer Meinung nach ein mit Russland befreundeter Staat?



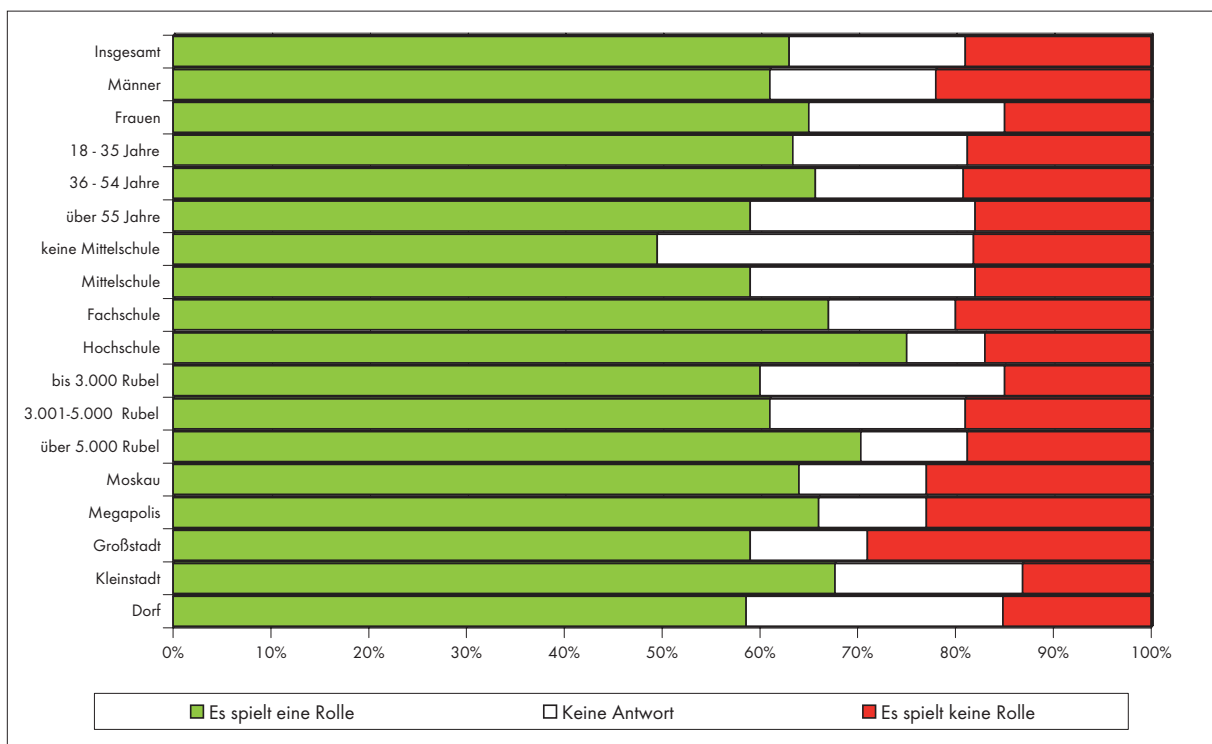
Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM), 2.–3. Februar 2008  
<http://bd.fom.ru/report/map/dominant/dom0806/d080624>



### Spiele die USA in der heutigen Welt eher eine positive oder eine negative Rolle?



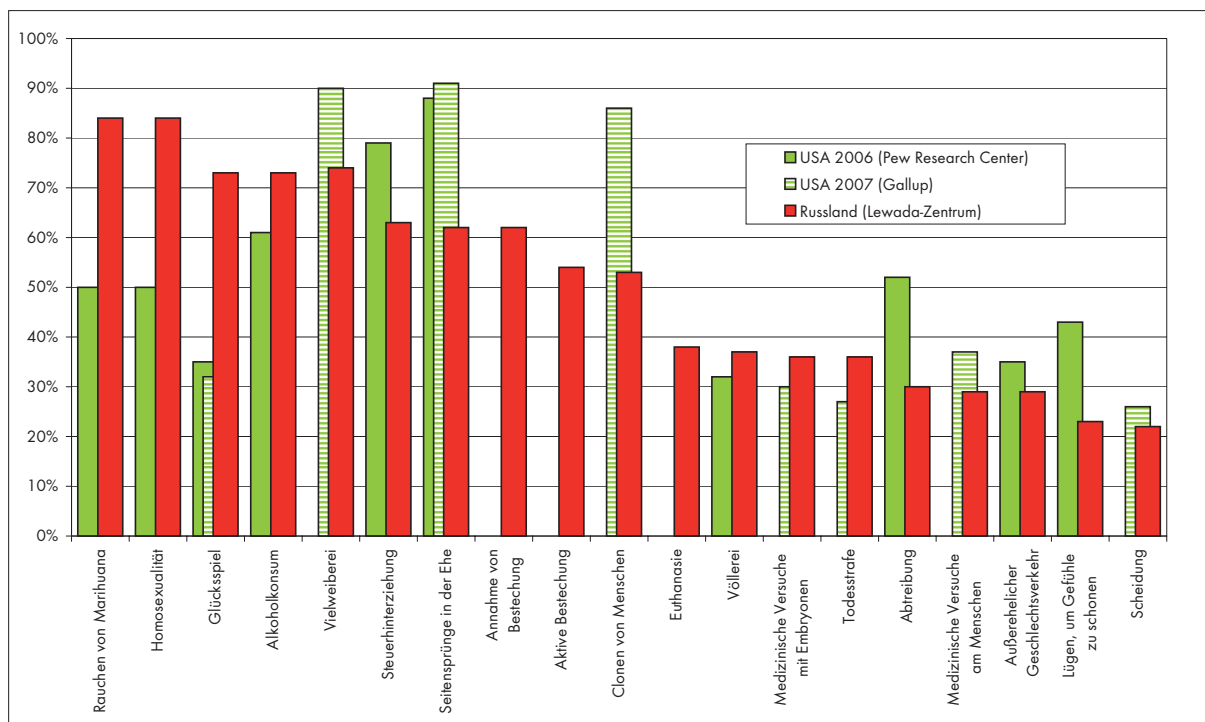
### Spielt es für Russland eine Rolle, welcher der Kandidaten die Präsidentschaftswahlen in den USA gewinnt?



Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM), 2.–3. Februar 2008

<http://bd.fom.ru/report/map/dominant/dom0806/d080624>

### Welche Verhaltensweisen halten Sie für unannehmbar?



### Moralische Grenzen in Russland und in den USA

Halten Sie folgende Verhaltensweisen moralisch für akzeptabel oder inakzeptabel?

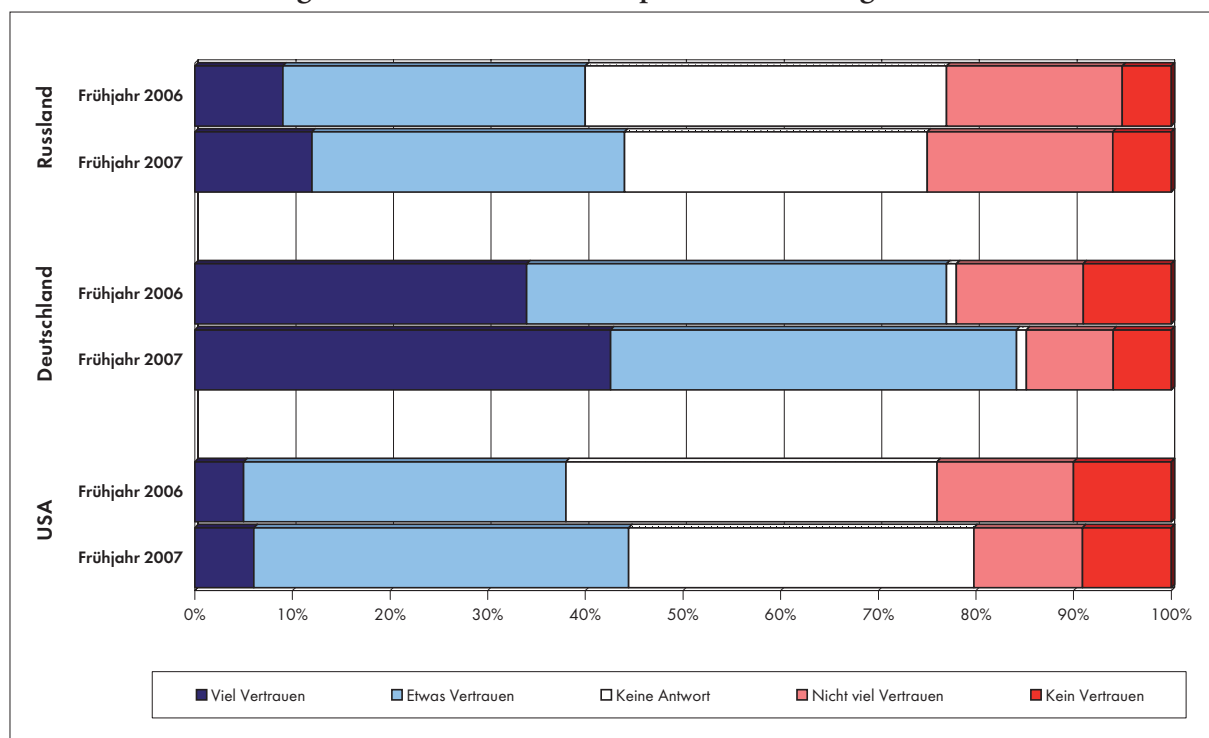
	Moralisch unannehmbar		
	Russland (Lewada-Zentrum)	USA 2006 (Pew Research Center)	USA 2007 (Gallup)
Rauchen von Marihuana	84 %	50 %	-
Homosexualität	84 %	50 %	-
Glücksspiel	73 %	35 %	32 %
Alkoholkonsum	73 %	61 %	-
Vielweiberei	74 %	-	90 %
Steuerhinterziehung	63 %	79 %	-
Seitensprünge in der Ehe	62 %	88 %	91 %
Annahme von Bestechung	62 %	-	-
Aktive Bestechung	54 %	-	-
Clonen von Menschen	53 %	-	86 %
Euthanasie	38 %	-	-
Völlerei	37 %	32 %	-
Medizinische Versuche mit Embryonen	36 %	-	30 %
Todesstrafe	36 %	-	27 %
Abtreibung	30 %	52 %	-
Medizinische Versuche am Menschen	29 %	-	37 %
Außerehelicher Geschlechtsverkehr	29 %	35 %	-
Lügen, um Gefühle zu schonen	23 %	43 %	-
Scheidung	22 %	-	26 %

Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums vom Dezember 2007 im Vergleich mit US amerikanischen Umfragen von 2006 und 2007 <http://www.levada.ru./press/2008020104.html>

## Bush, Merkel und Putin

Der Pew Global Attitudes Survey führt in 47 Ländern eine Erhebung zu politischen Haltungen durch. Im Folgenden finden Sie Ergebnisse jeweils aus Deutschland, Russland und den USA.

### Wieweit trauen Sie Angela Merkel zu, in der Weltpolitik das Richtige zu tun?

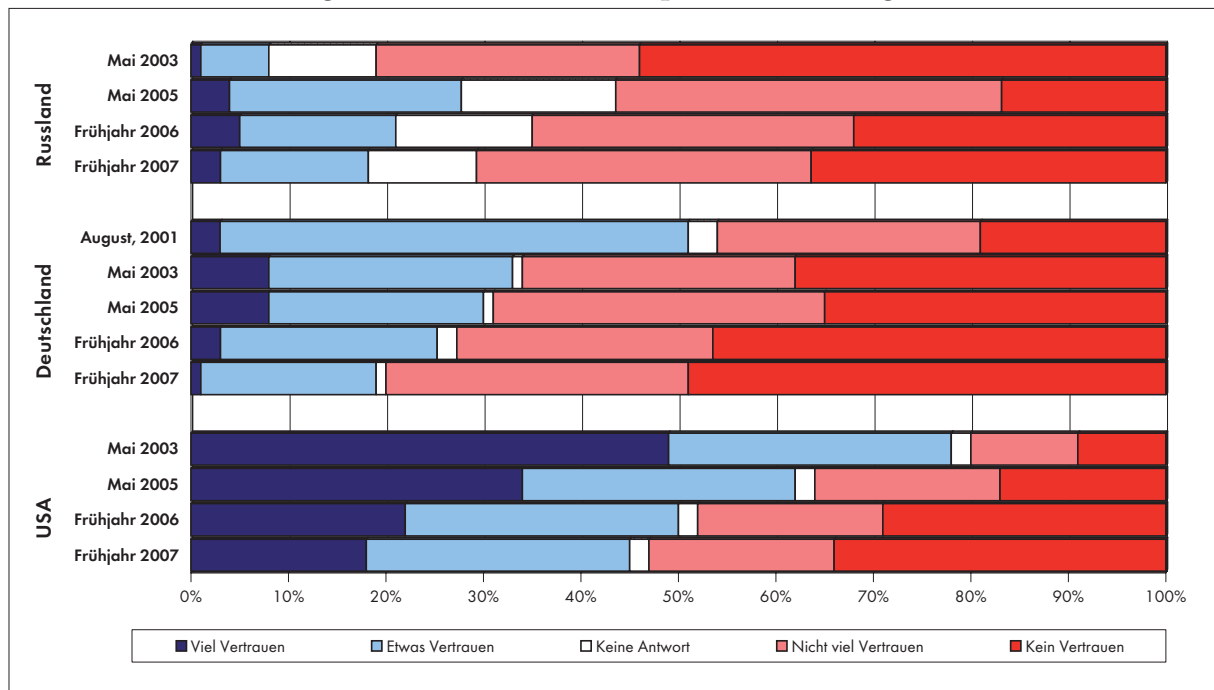


Jetzt lese ich Ihnen eine Liste führender Politiker vor. Wieweit trauen Sie ihm/ihr zu, in der Weltpolitik das Richtige zu tun?

Angela Merkel		Viel Vertrauen	Etwas Vertrauen	Nicht viel Vertrauen	Kein Vertrauen	Keine Antwort
USA	Frühjahr 2007	6 %	38 %	11 %	9 %	35 %
	Frühjahr 2006	5 %	33 %	14 %	10 %	38 %
Deutschland	Frühjahr 2007	43 %	42 %	9 %	6 %	1 %
	Frühjahr 2006	34 %	43 %	13 %	9 %	1 %
Russland	Frühjahr 2007	12 %	32 %	19 %	6 %	31 %
	Frühjahr 2006	9 %	31 %	18 %	5 %	37 %

Quelle: Ergebnisse des Pew Global Attitudes Survey 2007 <http://pewglobal.org/reports/pdf/256topline-pastyears.pdf>

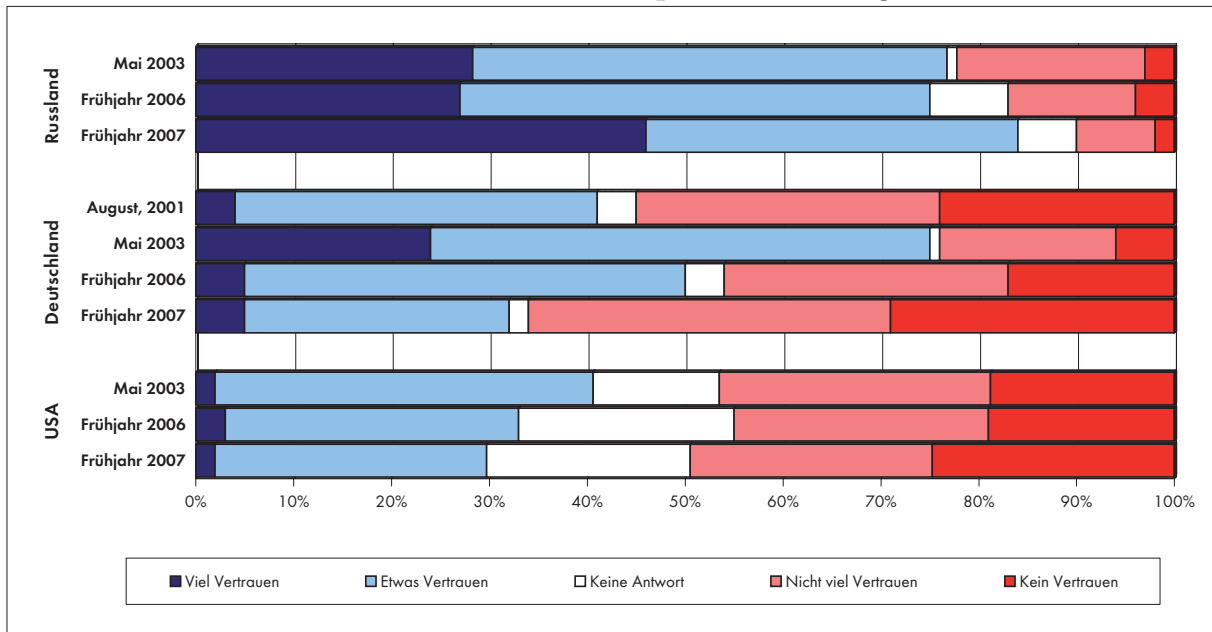
### Wieweit trauen Sie George W. Bush zu, in der Weltpolitik das Richtige zu tun?



### Jetzt lese ich Ihnen eine Liste führender Politiker vor. Wieweit trauen Sie ihm/ihr zu, in der Weltpolitik das Richtige zu tun?

George W. Bush		Viel Vertrauen	Etwas Vertrauen	Nicht viel Vertrauen	Kein Vertrauen	Keine Antwort
USA	Frühjahr 2007	18 %	27 %	19 %	34 %	2 %
	Frühjahr 2006	22 %	28 %	19 %	29 %	2 %
	Mai 2005	34 %	28 %	19 %	17 %	2 %
	Mai 2003	49 %	29 %	11 %	9 %	2 %
Deutschland	Frühjahr 2007	1 %	18 %	31 %	49 %	1 %
	Frühjahr 2006	3 %	22 %	26 %	46 %	2 %
	Mai 2005	8 %	22 %	34 %	35 %	1 %
	Mai 2003	8 %	25 %	28 %	38 %	1 %
	August 2001	3 %	48 %	27 %	19 %	3 %
Russland	Frühjahr 2007	3 %	15 %	34 %	36 %	11 %
	Frühjahr 2006	5 %	16 %	33 %	32 %	14 %
	Mai 2005	4 %	24 %	40 %	17 %	16 %
	Mai 2003	1 %	7 %	27 %	54 %	11 %

Quelle: Ergebnisse des Pew Global Attitudes Survey 2007 <http://pewglobal.org/reports/pdf/256topline-pastyears.pdf>

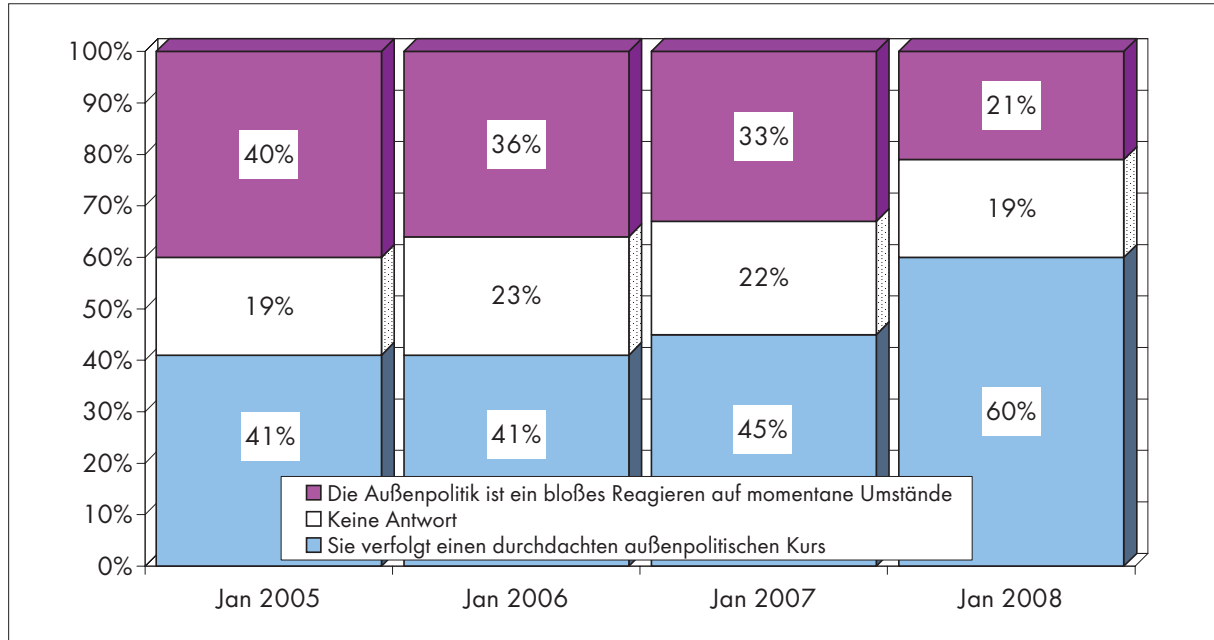
**Wieweit trauen Sie Wladimir Putin zu, in der Weltpolitik das Richtige zu tun?**

**Jetzt lese ich Ihnen eine Liste führender Politiker vor. Wieweit trauen Sie ihm/ihr zu, in der Weltpolitik das Richtige zu tun?**

Wladimir Putin		Viel Vertrauen	Etwas Vertrauen	Nicht viel Vertrauen	Kein Vertrauen	Keine Antwort
USA	Frühjahr 2007	2 %	28 %	25 %	25 %	21 %
	Frühjahr 2006	3 %	30 %	26 %	19 %	22 %
	Mai 2003	2 %	39 %	28 %	19 %	13 %
Deutschland	Frühjahr 2007	5 %	27 %	37 %	29 %	2 %
	Frühjahr 2006	5 %	45 %	29 %	17 %	4 %
	Mai 2003	24 %	51 %	18 %	6 %	1 %
	August 2001	4 %	37 %	31 %	24 %	4 %
Russland	Frühjahr 2007	46 %	38 %	8 %	2 %	6 %
	Frühjahr 2006	27 %	48 %	13 %	4 %	8 %
	Mai 2003	28 %	48 %	19 %	3 %	1 %

Quelle: Ergebnisse des Pew Global Attitudes Survey 2007 <http://pewglobal.org/reports/pdf/256topline-pastyears.pdf>

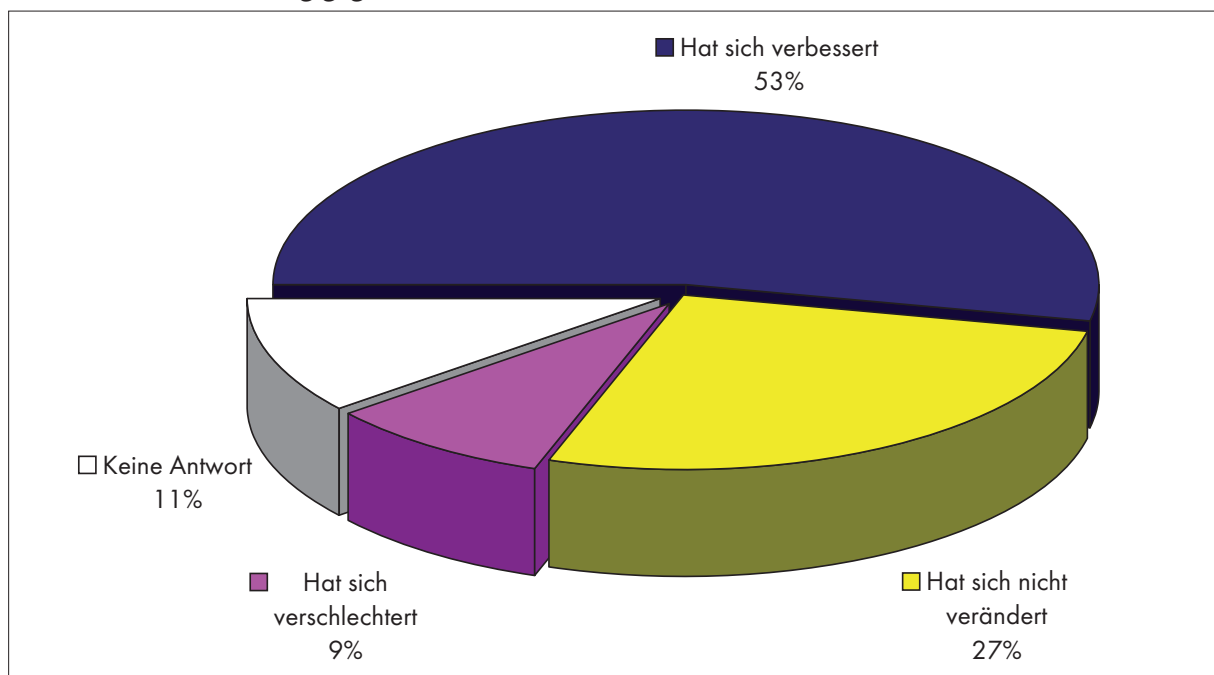
## Russen über Russlands Rolle in der Welt

Glauben Sie, dass die Führung Russlands einen durchdachten außenpolitischen Kurs verfolgt?



Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums, 18.–22. Januar 2008 <http://www.levada.ru./press/2008020101.html>

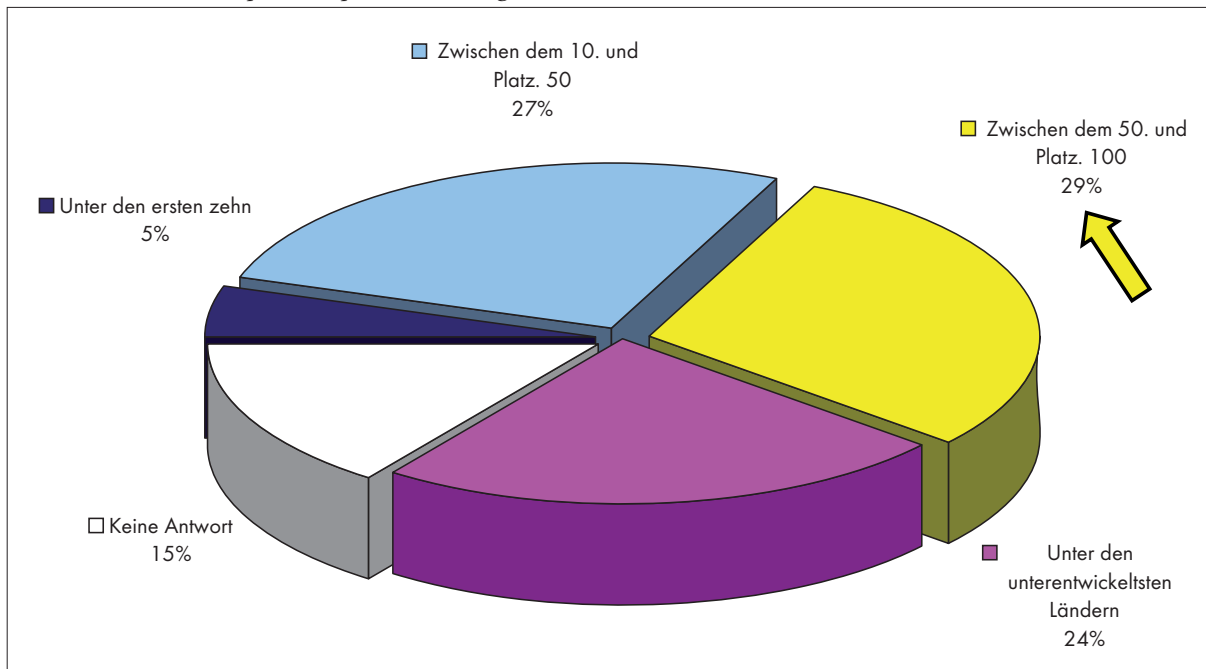
Hat sich die Einstellung gegenüber Russland in der Welt im letzten Jahr verbessert?



Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM), 15.–16. September 2007  
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0738/d073821>

### Auf welchem Platz findet sich Russland heute im internationalen Vergleich, wenn man nach der materiellen Lage seiner Bevölkerung fragt?

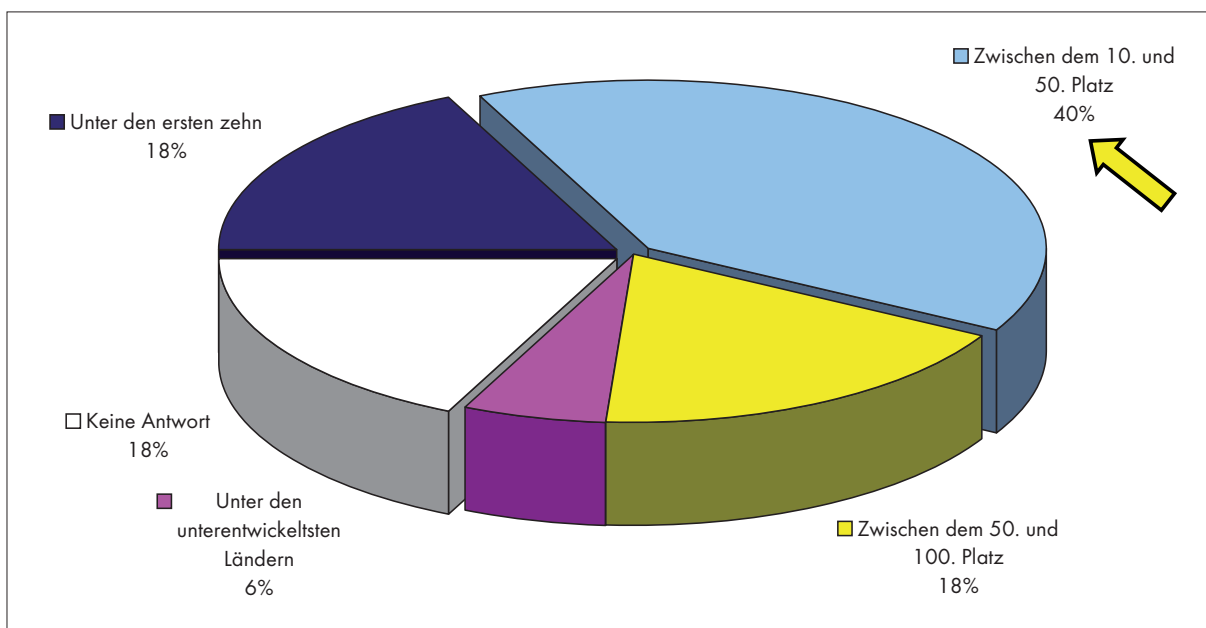
(UNDP Human Development Report 2007: Rang 67)



Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM), 15.–16. September 2007  
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0738/d073821>

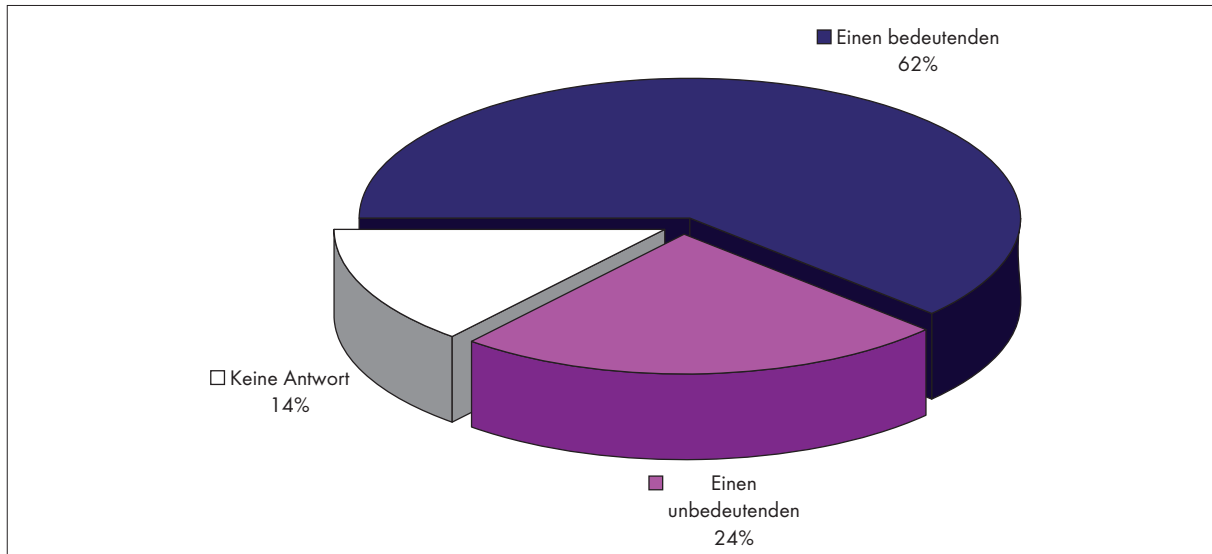
### Auf welchem Platz findet sich Russland heute im internationalen Vergleich, wenn man nach der Wirtschaftsleistung fragt?

(Weltbankangaben von 2007: GNI: Rang 15, PPP: Rang 10)



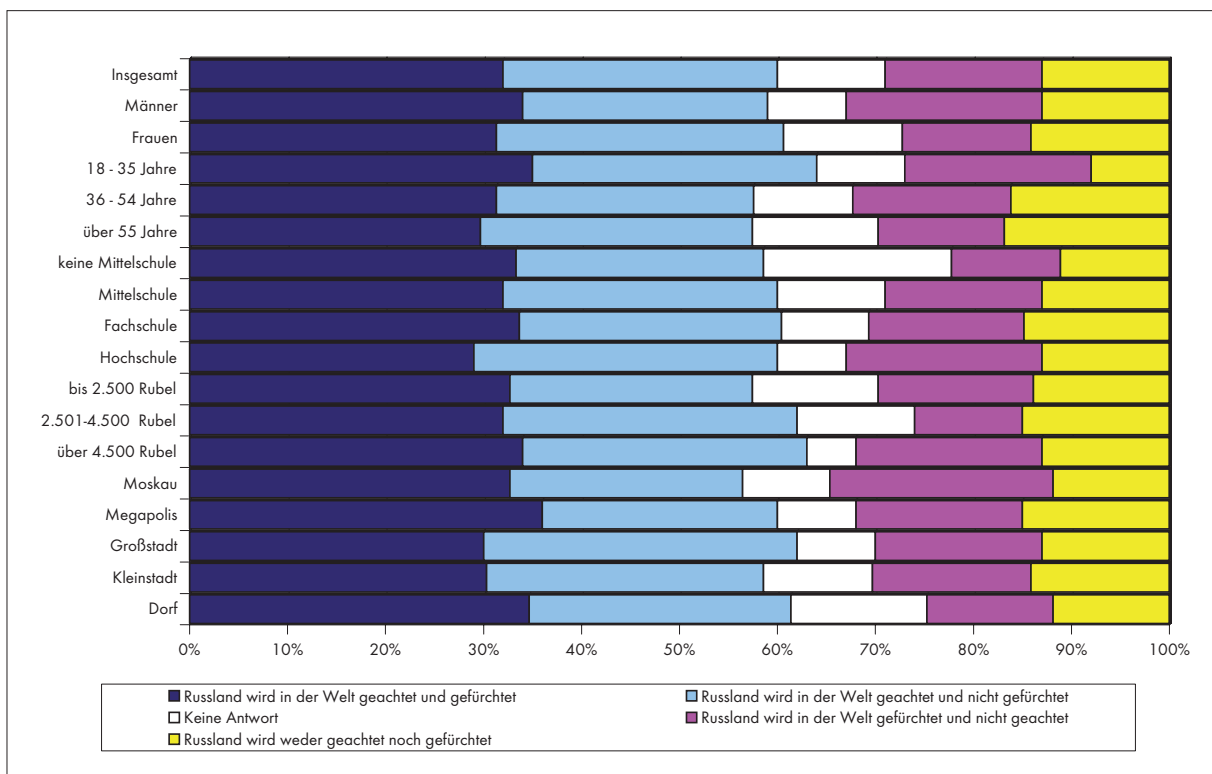
Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM), 15.–16. September 2007  
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0738/d073821>

### Welchen Einfluss nimmt Russland auf das internationale Leben?



Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM), 15.–16. September 2007  
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0738/d073821>

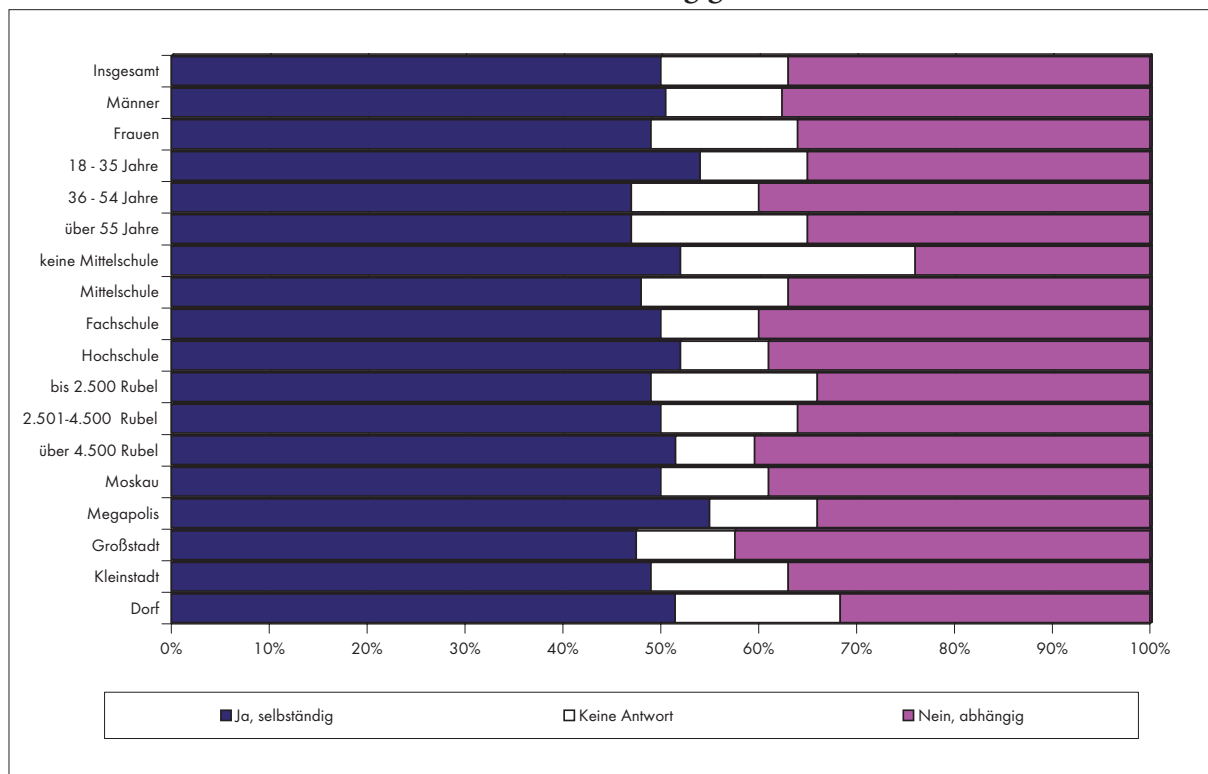
### Welche Feststellung halten Sie für zutreffend?



Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM), 15.–16. September 2007  
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0738/d073821>



## Ist Russland in seinen Entscheidungen und Handlungen im Großen und Ganzen selbstständig und von den führenden westlichen Ländern unabhängig?



Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM), 15.–16. September 2007

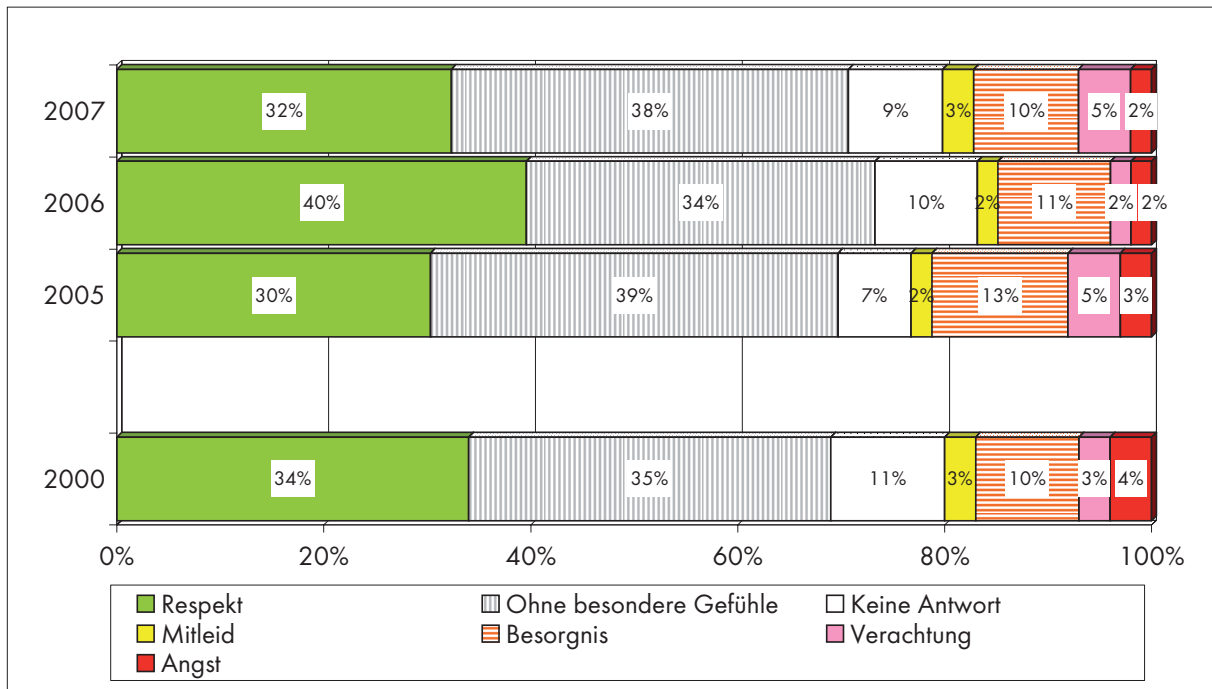
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0738/d073821>

## Russland und die Welt

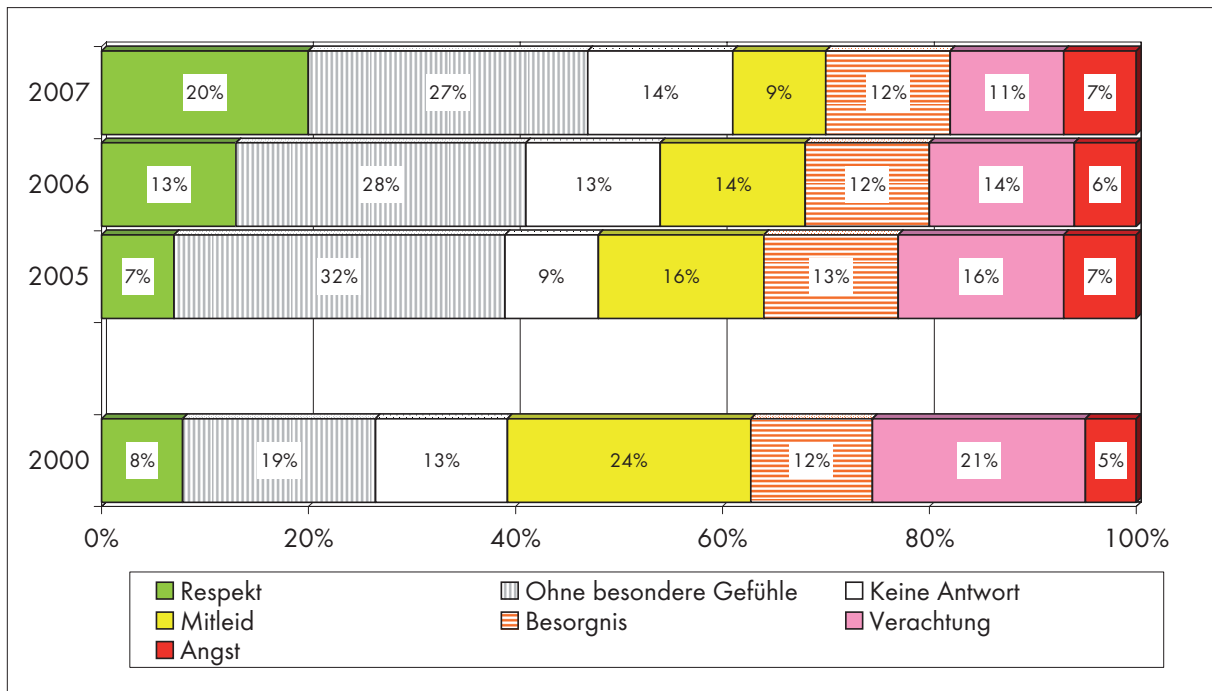
	Jan 2007	Jan 2008
<b>Ist Russland Ihrer Meinung nach ...</b>		
Absolut offen für andere Länder	28 %	22 %
Grundsätzlich offen für andere Länder	54 %	58 %
Eher verschlossen gegenüber anderen	8 %	9 %
Absolut verschlossen gegenüber der Außenwelt	1 %	1 %
Keine Antwort	10 %	10 %
<b>Würden Sie bevorzugen, dass Russland zukünftig ...</b>		
Anderen Ländern gegenüber offener wäre	18 %	17 %
Weder mehr noch weniger offen wäre	35 %	39 %
Andere Länder weniger in sein eigenes Leben hineinließe	38 %	36 %
Keine Antwort	10 %	9 %
<b>Wie stehen jetzt die meisten Industrieländer der Welt zu Russland?</b>		
Wie zu einem Freund	4 %	6 %
Wie zu einem Partner	32 %	34 %
Wie zu einem Konkurrenten	33 %	33 %
Wie zu einem Feind	7 %	8 %
Beachten Russland nicht besonders	15 %	10 %
Keine Antwort	8 %	10 %

Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums, Januar 2007 und 2008 <http://www.levada.ru./press/2008020501.html>

### Wie würden Sie die Einstellung der Russen gegenüber dem Westen beschreiben?



### Wie würden Sie die Einstellung im Westen gegenüber Russland beschreiben?



Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums, zuletzt Dezember 2007 <http://www.levada.ru./press/2008011403.html>

## Dokumentation

### Die Aufgaben des nächsten Präsidenten

Die Sorgen der Bevölkerung in Umfragen des Lewada-Zentrums und des WZIOM

Welche Probleme unserer Gesellschaft beunruhigen Sie am meisten?  
(nicht mehr als 5–6 Antworten)

	2006	2007	2008
Preisanstieg	71 %	70 %	81 %
Armut, Verarmung des Großteils der Bevölkerung	55 %	52 %	50 %
extreme Spaltung in Reiche und Arme, ungerechte Verteilung des Einkommens	32 %	32 %	34 %
Unzugänglichkeit medizinischer Versorgung	30 %	32 %	33 %
Wirtschaftskrise, Produktionsrückgang in der Industrie und Landwirtschaft	31 %	31 %	31 %
Krise der Moral, Kultur und Sittlichkeit	26 %	21 %	30 %
Anstieg der Arbeitslosigkeit	36 %	33 %	27 %
Anstieg des Drogenkonsums	25 %	28 %	26 %
Anstieg der Leistungen gegen Bezahlung, Unzugänglichkeit der Bildung	28 %	29 %	26 %
Verschlechterung der Umweltsituation	20 %	25 %	23 %
Korruption, Bestechlichkeit	23 %	25 %	23 %
Kriminalitätsanstieg	29 %	26 %	23 %
Übermacht, Willkür der Beamten	10 %	10 %	9 %
Schwäche der Exekutive	14 %	12 %	8 %
Andrang von Zugereisten, Migranten	11 %	11 %	8 %
Bedrohung durch Terroranschläge am Ort, an dem Sie wohnen	12 %	6 %	7 %
Anstieg der AIDS-Erkrankungen	7 %	7 %	7 %
Zuwachs an Nationalismus, Verschlechterung internationaler Beziehungen	8 %	8 %	6 %
Grobheit, Brutalität der Miliz	8 %	9 %	6 %
Unmöglichkeit, vor Gericht die Wahrheit durchzusetzen	5 %	6 %	5 %
Terroranschläge in Tschetschenien und im Nordkaukasus	6 %	3 %	3 %
Verzug mit der Auszahlung von Löhnen, Renten, Unterhaltsgeldern u. Ä.	6 %	3 %	3 %
Konflikte zwischen verschiedenen Zweigen der Macht auf unterschiedlichen Ebenen	4 %	2 %	2 %
Beschränkung der Bürgerrechte, der demokratischen Freiheiten (Redefreiheit, Pressefreiheit, Freizügigkeit u. a.)	2 %	1 %	1 %
Anderes	2 %	1 %	2 %
Keine Antwort	1 %	2 %	2 %

Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom Januar 2008 <http://www.levada.ru/press/2008020701.html>

### Wie löst man die Hauptprobleme des Landes?

Zur Zeit existieren verschiedene Ansichten über die Lösung der vor dem Land stehenden sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben. Welche von ihnen entsprechen in höchstem Maße Ihren Vorstellungen?		
	Jan 2004	Jan 2008
<b>A.</b>		
In letzter Zeit sind in Russland die demokratischen Errungenschaften (Menschenrechte und Freiheiten u. ä) in Gefahr, es besteht die Gefahr, dass ein hartes, militaristisches Regime entsteht	30 %	20 %
Die Situation im Land entwickelt sich in die richtige Richtung, es wird für Ordnung gesorgt, und demokratische Errungenschaften sind nicht gefährdet	51 %	55 %
Keine Antwort	19 %	25 %
<b>B.</b>		
Das Land bedarf wesentlicher Veränderungen, schnelle, grundlegende Reformen des wirtschaftlichen und politischen Lebens des Landes sind notwendig	39 %	29 %
Das Land braucht Stabilität, Reformen evolutionären Charakters	50 %	55 %
Keine Antwort	11 %	16 %
<b>C.</b>		
Die Privatisierung in Russland Anfang der 90er Jahre war in vielen Dingen ungerecht und illegal, deswegen muss ihre Bilanz unbedingt revidiert werden	51 %	51 %
Es bedarf keiner Überprüfung der Bilanz der Privatisierung, weil sie zu ernststen Konflikten in der Gesellschaft führen kann	36 %	29 %
Keine Antwort	13 %	20 %
<b>D.</b>		
Russland sollte ein Staat sein, der in erster Linie für die Interessen der Russen einsteht	36 %	37 %
Russland sollte ein Staat sein, in dem alle auf seinem Territorium lebenden Völker gleiche Rechte und Möglichkeiten haben	55 %	51 %
Keine Antwort	9 %	12 %
<b>E.</b>		
Die Einreise von Bürgern anderer Länder nach Russland soll maximal eingeschränkt werden, unter anderem für solche aus dem nahen Ausland, weil sie Russen Arbeitsplätze wegnehmen, weil die Kriminalität verschärft u. ä.	52 %	51 %
Man darf die Einreise von Bürgern anderer Länder nach Russland nicht behindern, sondern die Migrationsströme effektiv regeln, das Berufs- und Kulturpotenzial der Eingereisten für das Wohl des Landes nutzen	38 %	33 %
Keine Antwort	10 %	16 %
<b>F.</b>		
Russland soll nach Dominanz auf dem gesamten Gebiet der ehemaligen UdSSR streben	27 %	25 %
Die Beziehungen Russlands zu den Ländern der ehemaligen UdSSR sollen die gleichen sein wie zu jedem anderen Land der Welt	61 %	56 %
Keine Antwort	12 %	19 %

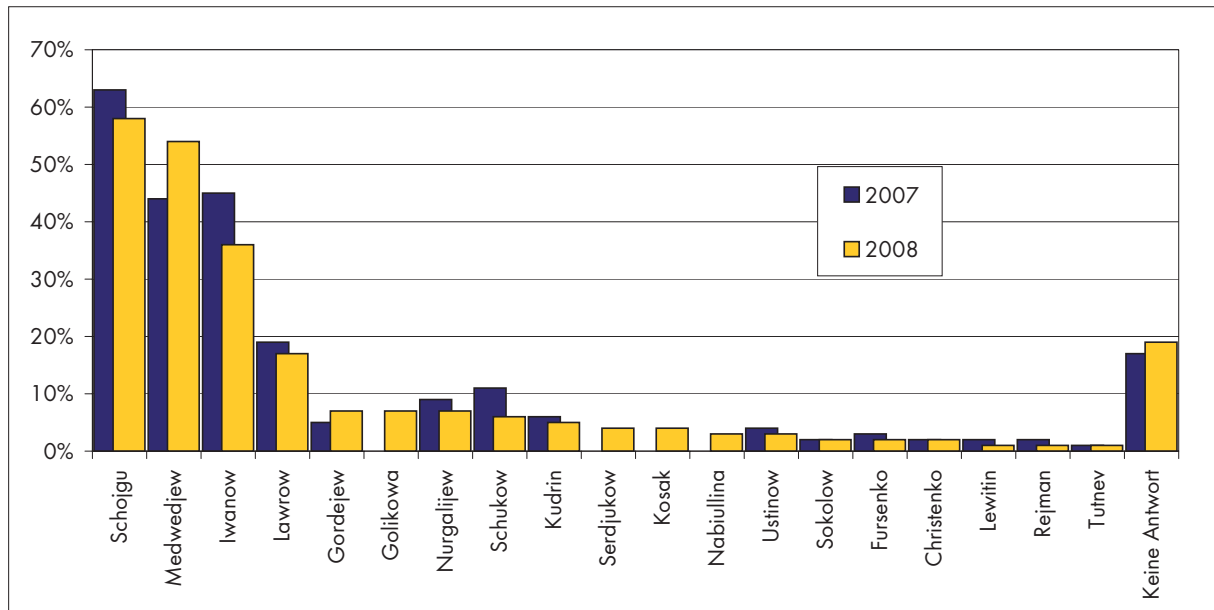
Quelle: Umfragen des WZIAM vom Januar 2008 <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/9557.html>

### Wie bewerten Sie die Arbeit folgender Minister der russischen Regierung?

(»« - gut »-« - nicht gut »0« - habe nie von ihm gehört/ kenne ihn nicht)

	2005			2006			2007			2008		
	+	-	0	+	-	0	+	-	0	+	-	0
Minister für Gesundheitswesen und soziale Entwicklung Tatjana Golikowa (Daten von 2008) Michail Surabow (2005–2007)	21 %	57 %	22 %	24 %	50 %	26 %	20 %	60 %	20 %	31 %	17 %	52 %
Landwirtschaftsminister Alexej Gordejew	16 %	36 %	48 %	19 %	32 %	49 %	21 %	30 %	49 %	28 %	28 %	44 %
Der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Alexander Schukow	23 %	29 %	48 %	28 %	25 %	47 %	33 %	16 %	51 %	31 %	14 %	55 %
Der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Sergej Iwanow (bis zum 15. Februar 2007 Verteidigungsminister)										67 %	12 %	21 %
Minister für Regionalentwicklung Dmitrij Kosak (2008), Vladimir Jakowlew (2005–2007)	17 %	30 %	53 %	18 %	28 %	54 %	18 %	22 %	60 %	31 %	14 %	55 %
Stellvertretender Ministerpräsident Alexej Kudrin (bis 2008 Finanzminister)	23 %	49 %	28 %	25 %	39 %	36 %	27 %	33 %	40 %	30 %	26 %	44 %
Außenminister Sergej Lawrow	40 %	20 %	40 %	38 %	20 %	42 %	50 %	11 %	39 %	50 %	12 %	38 %
Verkehrsminister Igor Lewitin	20 %	31 %	49 %	17 %	24 %	59 %	19 %	22 %	59 %	21 %	21 %	58 %
Der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Dmitrij Medwedjew	-	-	-	37 %	21 %	42 %	66 %	12 %	22 %	75 %	11 %	14 %
Minister für Wirtschaftsentwicklung und Handel Elvira Nabiullina (Daten von 2008), German Gref (2005–2007)	18 %	50 %	32 %	22 %	45 %	33 %	26 %	39 %	35 %	24 %	17 %	59 %
Innenminister Raschid Nurgalijew	26 %	34 %	40 %	28 %	30 %	42 %	33 %	24 %	43 %	35 %	20 %	45 %
Minister für Informationstechnologien und Telekommunikation Leonid Rejman	21 %	17 %	62 %	16 %	22 %	62 %	16 %	16 %	68 %	17 %	13 %	70 %
Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow (Daten von 2008), Sergej Iwanow (2005–2007)	54 %	24 %	22 %	51 %	26 %	23 %	70 %	11 %	19 %	29 %	15 %	56 %
Minister für Kultur und Öffentlichkeitsarbeit Alexander Sokolow	21 %	24 %	55 %	18 %	27 %	55 %	19 %	18 %	63 %	20 %	19 %	61 %
Minister für Naturschätze Jurij Trutnew	13 %	31 %	56 %	11 %	28 %	61 %	12 %	25 %	63 %	14 %	24 %	62 %
Justizminister Vladimir Ustinow (2007–2008), Jurij Tschajka (2005–2006)	17 %	30 %	53 %	-	-	-	27 %	24 %	49 %	26 %	20 %	54 %
Kultusminister Andrej Fursenko	18 %	39 %	43 %	16 %	40 %	44 %	24 %	33 %	43 %	25 %	28 %	47 %
Minister für Industrie und Energiewirtschaft Viktor Christenko	16 %	41 %	43 %	19 %	35 %	46 %	22 %	30 %	48 %	23 %	25 %	52 %
Minister für Bürgerschutz außerordentliche Situationen und Beseitigung der Folgen von Naturkatastrophen Sergej Schoigu	78 %	10 %	12 %	75 %	12 %	13 %	81 %	12 %	7 %	81 %	7 %	12 %

Quelle: Umfragen des WZIAM <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/9617.html>

**Welcher Minister bewältigt Ihrer Meinung nach seine Aufgaben besser?**

**Welcher Minister bewältigt Ihrer Meinung nach seine Aufgaben besser?  
(bis zu fünf Antworten)**

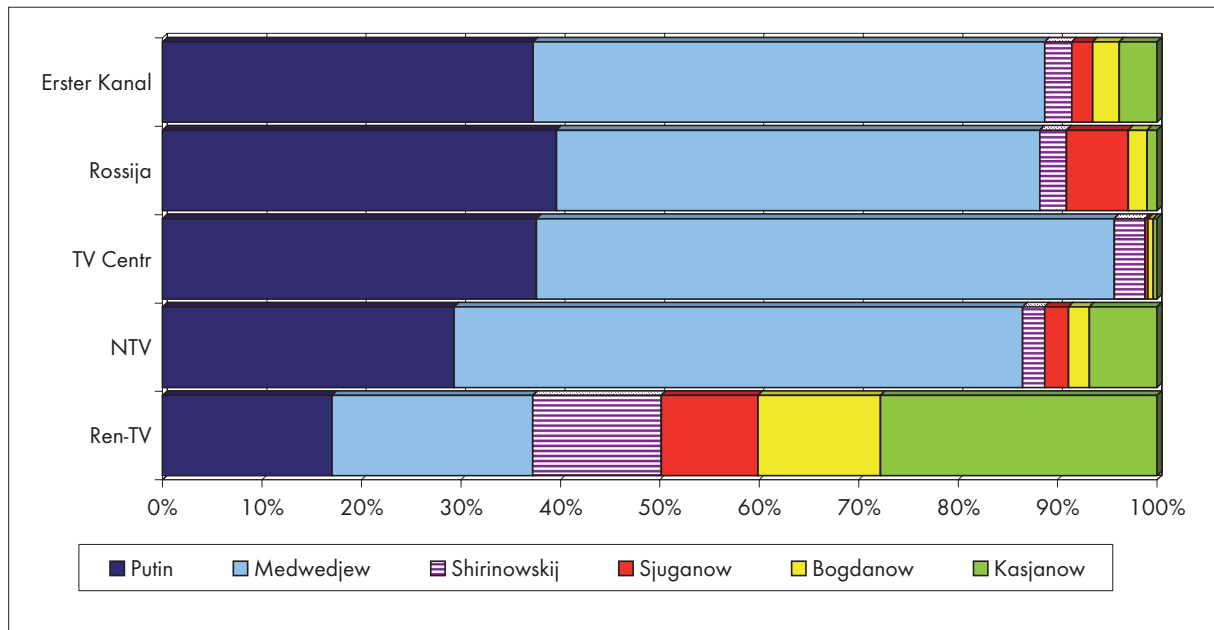
	2007	2008
Sergej Schojgu, Minister der Russischen Föderation für Bürgerschutz, außerordentliche Situationen und Beseitigung der Folgen von Naturkatastrophen	63 %	58 %
Dmitrij Medwedew, der erste stellvertretende Ministerpräsident	44 %	54 %
Sergej Iwanow, der erste stellvertretende Ministerpräsident	45 %	36 %
Sergej Lawrow, Außenminister	19 %	17 %
Alexej Gordejew, Landwirtschaftsminister	5 %	7 %
Tatjana Golikowa, Minister für Gesundheitswesen und soziale Entwicklung	-	7 %
Raschid Nurgalijew, Innenminister	9 %	7 %
Alexander Schukow, der erste stellvertretende Ministerpräsident	11 %	6 %
Alexej Kudrin, stellvertretender Ministerpräsident, Finanzminister	6 %	5 %
Anatolij Serdjukow, Verteidigungsminister	-	4 %
Dmitrij Kosak, Minister für Regionalentwicklung	-	4 %
Elvira Nabiullina, Minister für Wirtschaftsentwicklung und Handel	-	3 %
Vladimir Ustinow, Justizminister	4 %	3 %
Alexander Sokolow, Minister für Kultur und Öffentlichkeitsarbeit	2 %	2 %
Andrej Fursenko, Kultusminister	3 %	2 %
Viktor Christenko, Minister für Industrie und Energiewirtschaft	2 %	2 %
Igor Levitin, Verkehrsminister	2 %	1 %
Leonid Rejman, Minister für Informationstechnologien und Telekommunikation	2 %	1 %
Jurij Trutnev, Minister für Naturschätze	1 %	1 %
Keine Antwort	17 %	19 %

Quelle: Umfragen des VCIOM <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/9617.html>

## Monitoring der Nachrichtensendungen im Rahmen der Präsidentenwahlen

### Präsenz von Politikern in Nachrichtensendungen

(Monitoring im Rahmen der Präsidentenwahlen, Nationale Sender, 10.1.–1.2.2008)



	Erster Kanal	Rossija	TV Centr	NTV	Ren-TV
Medwedjew	51,5 %	48,6 %	58,1 %	57,2 %	20,2 %
Bogdanow	2,7 %	1,9 %	0,5 %	2,1 %	12,3 %
Shirinowskij	2,7 %	2,7 %	3,1 %	2,2 %	12,9 %
Sjuganow	2,1 %	6,2 %	0,3 %	2,4 %	9,7 %
Kasjanow	3,8 %	1,0 %	0,4 %	6,8 %	27,8 %
Putin	37,3 %	39,6 %	37,6 %	29,3 %	17,0 %

Quelle: Erhebung des »Zentrums für extreme Journalistik« (10.1.–1.2.2008)

<http://www.memo98.cjes.ru/diagrams/2008/200802-national.pdf>

## Dokumentation

### Die Aussetzung des Lehrbetriebes der Europäischen Universität in Sankt Petersburg

Am 8. Februar wurde der Universitätsbetrieb der Europäischen Universität Sankt Petersburg nach einem Gerichtsbeschluss vorläufig ausgesetzt, da das Gebäude, in dem sich die Universität befindet nicht den Brandschutzbestimmungen entspricht.

Die Universität wird durch die Ford Stiftung, die MacArthur Stiftung und die Soros Stiftung finanziell unterstützt. 2007 erhielt die Universität durch die Europäische Kommission einen Zuschuss von ca. 673.000 Euro zur Durchführung eines Projektes zur Verbesserung der Wahlbeobachtung in Russland. Im Folgenden finden Sie die auf Englisch publizierten Presseerklärungen der Universität.

#### Presseerklärung 11. Februar 2008

**Die Europäische Universität in Sankt Petersburg (EUSP) widerspricht Berichten, dass der Unterricht an der Universität aus politischen Gründen eingestellt wurde. Die Europäische Universität in Sankt Petersburg hat sich immer in genauer Übereinstimmung mit der Gesetzgebung der Russischen Föderation sowie ihrer eigenen Satzung und den Lizenzierungsdokumenten bewegt.**

In den letzten eineinhalb Monaten wurde die Aktivität der Universität in der Tat durch verschiedene Behörden untersucht: Die Brandschutzbehörde des zentralen föderalen Distrikts (18. Januar), das Staatliche Registrierungskomitee des Justizministeriums der Russischen Föderation (seit dem 21. Januar) und das Wissenschafts- und Hochschulkomitee der Stadt Sankt Petersburg (11. Januar). Jedoch war das Ziel dieser Untersuchungen nicht die Schließung, sondern die Inspektion der Universität.

»Einige Beobachter haben diese ungewöhnliche Flut an Inspektionsmaßnahmen mit der allgemeinen Situation vor den Wahlen 2007 und 2008 und mit einem der Projekte, das 2007 von der EUSP durchgeführt wurde, in Verbindung gebracht. Darüber hinaus wird in der heutigen Ausgabe des Kommersant in dem Artikel »Der Geruch von Feuerwehrmännern an der Europäischen Universität« behauptet, dass »die Arbeit einer Bildungseinrichtung, die Wahlbeobachter ausgebildet hat, eingestellt wurde.« Ich möchte klarstellen, dass die Europäische Universität niemals Wahlbeobachter ausgebildet hat und dies auch nicht plant. In dem Text wird weiter behauptet, dass das Projekt, welches angeblich der Grund für die schlechte Behandlung der Universität sei »[...] eine Reihe von Seminaren und Vorlesungen für Wahlbeobachter politischer Parteien beinhaltete. Teilnehmer würden nicht nur für die Beobachtung von Wahllokalen, sondern auch von Wahlkampagnen ausgebildet. [...]« Es existierte tatsächlich ein Projekt, dass sich mit den Wahlen beschäftigte: Die Untersuchung von Wahlverhalten in den Regionen und entsprechende Veröffentlichungen. Es existierten Pläne, Wahlbeobachter politischer Parteien auszubilden. Jedoch wurde dieser Teil des Programms nach einer Begutachtung durch das Wissenschaftskomitee der Stadt Sankt Petersburg auf meinen Erlass hin am 27. August 2007 wegen Unvereinbarkeit mit unserer Lizenz beendet. Dies fand zweieinhalb Monate vor dem geplanten Beginn der Kurse statt«, wie der Rektor der EUSP Nikolai Vakhtin erläuterte.

#### Presseerklärung 13. Februar 2008

Als eine Bildungseinrichtung hatte und hat die die Europäische Universität in Sankt Petersburg keine politische Position und kann diese auch gar nicht haben. Am 13. Februar hat die amerikanische Zeitung »The New York Times« einen Artikel mit dem Titel »Putin stärkt sein Erbe« veröffentlicht. In diesem Artikel wird behauptet, dass die »Europäische Universität in Sankt Petersburg, die Putin kritisiert hat, wegen des »Brandschutzes« geschlossen worden ist.

Die Europäische Universität in Sankt Petersburg ist keine politische Organisation und kann dementsprechend auch nicht die politische Position vertreten, die ihr von der »New York Times« zugeschrieben wird.

»Die Europäische Universität war immer für ihren Pluralismus bekannt. Unsere Professoren sind frei in ihrer Überzeugung und Meinungsäußerung. Dies ist ihr unbestreitbares Recht. Die Universität auf der anderen Seite ist eine Bildungseinrichtung und solche Einrichtungen können sich *per definitionem* nicht in die Politik einmischen. Dies wider-



sprache nicht nur allen Gesetzen und Regeln, sondern auch elementaren moralischen Normen. Wenn wir beispielsweise öffentlich erklärten, dass die Harvard Universität Präsident Bush kritisiert, würden wir verklagt werden – und das mit Recht. Solche Publikationen, die uns praktisch als Dissidentenorganisation in Opposition zur russischen Regierung präsentieren, fügen der Arbeit, die die Europäische Universität Sankt Petersburg seit 12 Jahren als eine führende Bildungseinrichtung Russlands im Bereich der Sozial- und Geisteswissenschaften leistet, einen offensichtlichen Schaden zu«, sagte der Rektor der Universität Nikolai Vakhtin.

### Presseerklärung 18. Februar 2008

**Am 18. Februar hat das Dserschinski-Gericht seine frühere Entscheidung, die Aktivitäten der Europäischen Universität in Sankt Petersburg einzustellen, beibehalten.**

Während der Nachfolge-Untersuchung des Gebäudes an der Gagarinskaja Straße Nr. 3 hat die Brandschutzbehörde festgestellt, dass die Maßnahmen der Europäischen Universität Sankt Petersburg die Verletzungen der Brandschutzbestimmungen zu beheben, nicht ausreichend waren, um sicher zu stellen, dass eine Wiederaufnahme des Universitätsbetriebs keine Gefährdung für Leben und Gesundheit darstellt. Aus diesem Grund wird der Unterricht an der Europäischen Universität in Sankt Petersburg weiterhin ausgesetzt. Die Administration der Europäischen Universität in Sankt Petersburg (EUSP) hat das Recht, das Gericht wieder anzurufen, sobald die Gesetzesverstöße, die sich in erster Linie auf eine ungehinderte Evakuierung des Gebäudes im Brandfall beziehen, behoben sind.

Der Rektor der EUSP Nikolai Vakhtin stellte fest. »Zur Behebung einer Vielzahl der Verstöße benötigt es Maßnahmen, welche die sowohl Zustimmung des GIOP [Das Komitee für die Kontrolle, Nutzung und Erhaltung der historischen und kulturellen Denkmäler der Stadt Sankt Petersburg, unter deren Kompetenzbereich das historische Gebäude fällt, das von der EUSP genutzt wird] als auch beträchtliche finanzielle Ausgaben erfordern. Im Angesicht dessen ist nicht nur die Planung für das zweite Semester, sondern die Existenz an sich der Universität in Gefahr.«

Quelle: [http://www.eu.spb.ru/index.php?option=com\\_content&task=view&id=682&Itemid=121](http://www.eu.spb.ru/index.php?option=com_content&task=view&id=682&Itemid=121)

Alle Presseerklärungen finden Sie auf Russisch auf

[http://www.eu.spb.ru/index.php?option=com\\_content&task=view&id=682&Itemid=121](http://www.eu.spb.ru/index.php?option=com_content&task=view&id=682&Itemid=121)

*Übersetzt von Florian Munder*

Die Europäische Universität in Sankt Petersburg ist eine nichtstaatliche Hochschule, die Graduierte ausbildet. Die Universität wurde 1994 von einer Gruppe bekannter Vertreter der russischen Wissenschaft und Kultur mit Unterstützung der Sankt Petersburger Behörden gegründet. In ihrem vierzehnjährigen Bestehen hat sich die Universität zu einem der führenden Zentren für Geistes- und Sozialwissenschaften in Russland entwickelt. Weitere Informationen zur EUSP sind auf der Website zu finden: [www.eu.spb.ru](http://www.eu.spb.ru)

## Chronik

### Vom 13. bis zum 21. Februar 2007

13.2.2008	30 Dumaabgeordnete der Parteien KPRF und LDPR formulieren eine parlamentarische Anfrage an Wladimir Tschurow, den Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission, in der sie kritisieren, dass 85 % der Nachrichtensendungen der drei wichtigsten Sender (Erster Kanal, Rossija, TV Centr) der Kampagne und den Aktivitäten Dmitrij Medwedjews gewidmet wird.
13.2.2008	Russland verlängert die Überflugrechte für Lufthansa Cargo bis Ende März 2008.
14.2.2008	Putin empfängt im Kreml 1.364 Journalisten zu seiner alljährlichen Pressekonferenz. Putin zieht eine positive Bilanz seiner Amtsjahre und verspricht seinem potentiellen Nachfolger Medwedjew seine Unterstützung.
15.2.2008	Vor dem V. Wirtschaftsforum in Krasnojarsk entwickelt der Erste Stellvertretende Ministerpräsident und Präsidentschaftskandidat Dmitrij Medwedjew ein Wirtschaftsprogramm, zu dem die Überwindung des »Rechtsnihilismus«, der Abbau administrativer Hindernisse, Steuersenkungen, die Modernisierung der Infrastruktur und die Schaffung eines »nationalen Innovationssystems« gehören. Er formuliert sein Programm als die vier »I«s: Institutionen, Infrastruktur, Innovationen und Investitionen.
15.2.2008	Finanzminister Aleksej Kudrin wird vom Staat wiederum als Vorsitzender des Aufsichtsrats des Diamantenförderunternehmens Alrosa benannt. Igor Setschin, der Stellvertretende Leiter der Präsidentialadministration übernimmt dieselbe Funktion beim staatlichen Erdölkonzern Rosneft.
15.2.2008	Wladimir Lukin, der Menschenrechtsbeauftragte des Präsidenten, legt den Menschenrechtsbericht für das Jahr 2007 vor, in dem er vor allem die Situation in den Gefängnissen kritisiert.
15.2.2008	Die Duma verabschiedet in zweiter und dritter Lesung ein Gesetz, das die Gehälter von Staatsangestellten ab Februar rückwirkend um 14 % erhöht, das von Angehörigen der Streitkräfte um 9 %. Die Gehälter der Militärangehörigen werden dann im Oktober 2008 um weitere 9 % angehoben. Ferner verfügt das Gesetz eine Rentensteigerung um 8,5 %.
15.2.2008	Außenminister Sergei Lawrow trifft in Moskau mit Sergej Bagapsch und Eduard Kokoity zusammen, den Präsidenten der international nicht anerkannten Republiken Abchasien und Südossetien.
17.2.2008	Das Parlament von Kosovo erklärt den Kosovo für unabhängig. Serbien und Russland wenden sich entschieden gegen diesen Schritt.
18.2.2008	In einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin »Itogi« betont Dmitrij Medwedjew, Erster Stellvertretender Ministerpräsident und wahrscheinlicher Putin-Nachfolger, die Notwendigkeit einer starken präsidentiellen Macht. Er erwähnt auch die Affäre um den »British Council«. Er macht sich die Version zu Eigen, nach der »British Council« auch Informationen über Russland sammelte.
18.2.2008	Die Zeitschrift »Finans« publiziert eine Liste der 500 reichsten Russen. 2008 steht Oleg Deripaska an der Spitze gefolgt von Roman Abramowitsch, Wladimir Lisin, Michail Fridman, Aleksej Mordaschow, Wladimir Potanin und Michail Prochorow <a href="http://www.finansmag.ru/90892">http://www.finansmag.ru/90892</a> .
18.2.2008	Die Zeitung »Kommersant« meldet, dass Algerien fordert, dass Russland 15 Jagdflugzeuge des Typs MiG 29SMT Fulcrum zurücknimmt. Die Lieferung dieser Flugzeuge war 2006 zwischen beiden Ländern vereinbart worden.
19.2.2008	Der Erdölkonzern Lukoil teilt mit, dass er die Lieferungen nach Deutschland wegen Preisstreitigkeiten einstellt.
19.2.2008	Ein Moskauer Gericht befindet den ehemaligen russischen Atomminister Jewgenij Adamow der Unterschlagung von 30 Mio. US\$ schuldig.
20.2.2008	Kenneth Roth, dem Exekutivdirektor von Human Rights Watch, der zu einer Pressekonferenz nach Moskau fahren wollte, wird das russische Einreisevisum verweigert.
20.2.2008	Ministerpräsident Viktor Subkow ernennt den ehemaligen Leiter der Expertenabteilung in der Präsidentialverwaltung, Stanislaw Woskresenskij, und den Ex-Direktor der Prognoseabteilung des Ministeriums für Wirtschaftsentwicklung, Andrej Klepatsch, zu Stellvertretern der Ministerin für Wirtschaftsentwicklung, Elwira Nabiullina.
20.2.2008	In der Nähe des Ortes Gimri (Dagestan) wird Bammatchan Schejchow, der seit langem gesuchte Führer einer Guerillagruppe, im Rahmen einer Spezialoperation festgenommen.
21.2.2008	Generaloberst Viktor Wlasow, der Chef der Wohnungsverwaltungsabteilung des Verteidigungsministeriums erschießt sich in seinem Arbeitszimmer.
21.2.2008	Ein Moskauer Gericht befindet den ehemaligen russischen Atomminister Jewgenij Adamow der Unterschlagung von 30 Mio. US\$ schuldig und verurteilt ihn zu einer Haftstrafe von fünfeneinhalb Jahren.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolf-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2008 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

## Lesehinweis

### Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa

#### Russlandanalysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

#### *kultura.* Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.polen-analysen.de>

#### Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [zentralasien-analysen@dgo-online.org](mailto:zentralasien-analysen@dgo-online.org)

#### Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themen-bereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)